Zur Linie der Gruppe Rote Fahne Dortmund SEITE 6

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 11 vom 16. März 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

DGB - Apparat - Kampforganisation für die Ordnung des Kapitals

Vorwärts beim Aufbau der RGO!

Während in der Mehrzahl der Tarifgebiete die Metallkapitalisten und der IG Metall-Apparat Abschlüsse um die 11% durchgesetzt haben, traten im Tarifbezirk Unterweser über 50.000 Kollegen in den Streik, nachdem die Kapitalisten einen Schlichtungsvorschlag über 14% abgelehnt hatten. 94% der organisierten Kollegen hatten sich in der Urabstimmung gegen einen 11%-Abschluß und für den Streik ausgesprochen. Von den ursprünglich geforderten 18% ist allerdings seitens der IGM-Bonzen keine Rede mehr. Der IGM-Apparat will mit den Kapitalisten einen Abschluß zwischen 11% und 14% für den Bezirk Unterweser aushandeln. "Schlag zu", die Betriebszeitung der KPD/ML bei der Bremer Werft AG Weser kommentiert die Zusammenarbeit von Kapitalisten, IGM-Apparat und verräterischem Betriebsrat mit folgenden Worten: "So sehen wir, daß in holder Eintracht Betriebsrat, Gewerkschaftsführung und Kapitalisten alles versuchen, um die scharfe Waffe des Streiks stumpf zu machen. So wollen sie unsere Kampfmoral untergraben."

Der IGM-Apparat hat zwar zum Streik aufgerufen, um – wie schon häufiger in den vergangenen Jahren – wenigstens in einem Tarifbezirk den Schein der "Kampforganisation" zu wahren, in Wirklichkeit aber ist seine ganze Aktivität darauf gerichtet, eine wirkungsvolle Durchführung des Streiks zu sabotieren. Von Anbeginn bereitete er selbst den Streikbruch vor, indem er über 2.000 Notdienstausweise (fast 40% der Beschäftigten) ausstellte. Er rief die Lehrlinge nicht auf, sich am Streik zu beteiligen und traf keine Maßnahmen, um ihren Mißbrauch zu Streikbrecherarbeiten zu verhindern. Der IGM-Apparat versuchte sogar, allerdings wegen des Widerstands der Kollegen ohne Erfolg, konsequente und klassenkämpferische Kollegen aus den Reihen der Streikposten zu entfernen.

Hier entlarvt sich die von den Opportunisten propagierte Taktik, man müsse die Bonzen nur durch den Druck der Mitglieder zum Kämpfen zwingen, als Sackgasse. **Gerade wenn der Druck der Kollegen die DGB-Führung zwingt, Kampfmaßnahmen einzuleiten, erweist sich der DGB-Apparat als Unterdrückungsinstrument, als Kettenhund und Ordnungsfaktor des Kapitals.** Klar und eindeutig zeigt das ein von der ÖTV-Führung während des letzten Streiks herausgegebenes "Merkblatt für Streikposten". Ihrer eigentlichen Aufgabe, für eine wirkungsvolle Durchführung des Streiks zu sorgen, Streikbruch zu verhindern, dürfen die Streikposten höchstens dadurch nachkommen, daß sie ein paar "gütliche" Worte an die Streikbrecher richten. Vor allem aber werden sie nach dem Willen der ÖTV-Führung eingesetzt, damit sie "für die Aufrechterhaltung der Ordnung vor den Toren der bestreikten Betriebe und Verwaltungen verantwortlich sind".

Ansonsten folgt eine schier **unendliche Aufzählung**, was Streikposten alles zu unterlassen haben: jede Gewalttätigkeit unterlassen; keinerlei Sachbeschädigung verursachen; keine Verkehrsgefährdung herbeiführen; Drohungen, Beleidigungen oder Nötigungen gegen den bestreikten Arbeitgeber vermeiden; sich nicht durch unerlaubte Handlungen des Haus- oder Landfriedensbruchs schuldig machen; Drohungen, Beleidigungen oder Nötigungen gegen Arbeitswillige unterlassen; Provokateure, die durch illegale Agitation und durch Gewaltakte die Streikaktionen in Mißkredit bringen könnten, aufmerksam zu beobachten, !!! usw.

Wenn am Schluß des Merkblattes die Streikposten aufgefordert werden, sowohl den Anordnungen der Streikleitung, als auch denen der Polizei Folge zu leisten, machen die ÖTV-Bonzen damit unfreiwillig klar, daß zwischen dem DGB-Apparat und dem bürgerlichen Staatsapparat keine wesentlichen Unterschiede bestehen: beides sind Unterdrückungsinstrumente der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse. Aus den ÖTV-Anweisungen geht hervor: es geht nicht darum, daß der DGB-Apparat nicht konsequent kämpft, seine einzige Sorge ist im Gegenteil, den konsequenten Kampf der Arbeiter für ihre Klasseninteressen zu verhindern, dafür Sorge zu tragen, daß dem Kapitalismus kein Haar gekrümmt wird.

Fortsetzung auf Seite 3

Trotz Presselügen:

Isolierhaft bleibt Folter

Am Sonntag nach der Verhaftung von 8 Revolutionären in Hamburg und Frankfurt konnte "Bild am Sonntag" einen detaillierten Bericht über angebliche Ausbruchspläne des Genossen Baader bringen. Der "Stern" präsentiert jetzt seitenlange Zitate aus der Polizeiabschrift des angeblich gefundenen Tonbandes.

In einer Pressemitteilung der Rechtsanwälte Groenewold und Degenhard vom 4.3. heißt es dazu: "**Die Bundesanwaltschaft hat der Presse Abschriften von Tonbändern zugespielt, die angeblich bei der Festnahme von Christa Eckes/Ilse Stachowiak u.a. in Hamburg gefunden worden sein sollen.** Den Verteidigern wurde bisher Akteneinsicht, Einsicht in das vorgelegte Material oder Einsicht in die Berichte, die die Welt am Sonntag bereits am 10. Februar erhalten hat, ausdrücklich verweigert. Diese rechtswidrige Praxis hat ein Ziel: Sie soll die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen, ihre Folter durch Isolation, rechtfertigen."

Die gleichen guten Beziehungen der Presse zur Polizei sprachen auch schon aus der Berichterstattung über die Verhaftung der 8 Revolutionäre. Bis ins kleinste Detail konnte man dort jeden Schritt der polizeilichen Ermittlungen und der Arbeit des Verfassungsschutzes nachlesen.

Es ist nichts anderes als die wachsende Empörung gegen Isolationsfolter, gegen Polizei- und Justizterror, die immer breitere Anwendung der revolutionären Gewalt und die wachsende Sympathie für den Kommunismus, die die Bourgeoisie zwingen, den Mantel der Unabhängigkeit der Presse fallenzulassen und sie so offen als ein Instrument der politischen Unterdrükkung einzusetzen.

Haftbefehl gegen Genossen Osswald aufgehoben

"Vorwärts mit der KPD/ML!" – kommunistische Parolen an den Wänden des Landgerichtes in Dortmund, lautstarke Rufe der rund 40 bis 60 Freunde und Genossen der Partei sorgten am 3. Verhandlungstag gegen die Genossen Oßwald/Schulte dafür, daß die Klassenjustiz trotz des weiteren Ausschlusses der Öffentlichkeit keinen Augenblick vergessen konnte, daß die Partei weiter an der Seite der Angeklagten kämpft.

Die Angeklagten waren trotz des weiter geltenden generellen Ausschlusses der Öffentlichkeit erschienen. Genosse Oßwald erklärte, warum:
Es war und ist richtig, nicht vor dem bürgerlichen Klassengericht zu erscheinen, solange die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Allerdings hat die Klassenjustiz mit dem Haftbefehl gegen Genossen Oßwald, mit dem Vorführungsbefehl gegen Genossen Schulte den Druck auf diesen Genossen so verstärkt, daß er bereit war zu erscheinen. Hätte sich Genosse Oßwald dem nicht angeschlossen, hätte das Gericht seine Drohung wahrgemacht, gegen die Angeklagten in getrennten Verfahren vorzugehen.

Die liberale Maske des Gerichts am 1. Verhandlungstag, der Polizeiterror gegen die Zuschauer am 2. Verhandlungstag und das hinterhältige Erpressungsmanöver jetzt – alle diese Maßnahmen haben das Ziel, um jeden Preis zu verhindern, daß die Partei die Solidarität gegen den Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die KPD/ML in diesem Prozeß organisiert. Je härter das Gericht vorgeht, desto deutlicher deckt es aber auch selber seinen schwachen Punkt auf: die Angst vor der Solidarität der Massen mit den Kommunisten. Eben deshalb darf es an diesem Punkt kein opportunistisches Zurückweichen geben. Der Kampf für die Zulassung der Öffentlichkeit muß verstärkt werden. Immerhin war das Gericht gezwungen, den Haftbefehl gegen Genossen Oßwald aufzuheben

Die Angst des Gerichts vor dem Marxismus-Leninismus und vor der Sympathie mit der Partei zeigte sich während des 3. Verhandlungstages deutlich. Das Gericht bequemte sich endlich, zu dem Antrag der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens wegen §129 bzw. die Verweisung des Verfahrens an ein Amtsgericht Stellung zu nehmen. Natürlich lehnte der Richter den Antrag ab. Aber wie! Er wagte nicht zu behaupten, die KPD/ML sei keine kommunistische Partei, sondern erklärte einfach, zu diesem Antrag werde er sich erst in der Urteilsbegründung äußern.

Die Angst des Gerichts spürte man auch bei einem weiteren Antrag der Verteidigung. Verfassungsschützer Burger sollte als Zeuge geladen werden, um zu bezeugen, daß er in einem Gespräch Genossen Oßwald androhte, man werde ihn in die Emigartion treiben, wenn er als Kommunist vor Gericht auftrete – ihm dagegen Straffreiheit zusicherte, falls er die Partei und die Arbeiterklasse verriete. Diesen lebendigen Beweis für die saubere Demokratie dieses Staates und die Unabhängigkeit des Gerichts wollte der Richter auf keinen Fall auftreten lassen. Lieber unterstellte er den Antrag als wahr.

Die einzige Zeugin, die zu diesem Punkt zugelassen war, war Frau Oßwald. Aber auch sie ließen die Polizsten erst herein, nachdem ein Rechtsanwalt erklärt hatte, ohne Frau Oßwald betrate auch er den Gerichtssaal nicht mehr.

Doch wenn das Gericht auch an diesem Verhandlungstag die Öffentlichkeit ausgeschlossen hatte, konnte es doch nicht verhindern, daß die Zuschauer erst vor dem Gericht und in der Innenstadt die Bevölkerung über den Prozeßverlauf informierten. Entnervt sperrte die Polizei ein Kaufhaus in der Innenstadt ab, nachdem die Demonstration schon aufgelöst war, und fragte die Passanten, wo denn die Demonstranten seien.
Gegen den unglaublichen Opportunismus des 'K'BW, der vorschlug, solche Richter abzuwählen und an ihre Stelle Richter aus dem Volk zu setzen, sagte die Partei klar, daß dieser wie alle anderen Richter im Dienst der Kapitalistenklasse stehen. Und diese Richter werden so lange richten, bis das Volk sie richtet-

Hamburger Bürgerschaftswahl

3.000 Hamburger wählten KPD/ML – das sind 3.000 Stimmen für die Revolution! Mancher meint vielleicht, daß dies nicht gerade viel ist (0,3%). Trotzdem aber herrscht unter den Genossen und Freunden der Partei nicht etwa Enttäuschung, sondern Freude und Überraschung. Denn das Ziel war nicht bei der Wahlbeteiligung, ins Parlament zu kommen, sondern vor allem, um die Legalität unserer Partei zu kämpfen sowie die Verbindung mit den Hamburger Arbeitern zu festigen. Beides ist der KPD/ML gelungen.

Gegen den offenen Widerstand der Bourgeoisie und insbesondere der modernen Revisionisten erkämpfte unsere Partei die Wahlbeteiligung. Damit aber ist die KPD/ML gemäß der bürgerlichen Gesetze als politische Partei anerkannt und kann nicht als 'kriminelle Vereinigung", sondern nur als politische Partei verboten werden.

Zum zweiten gelang es der KPD/ML, sich enger mit den Hamburger Arbeitern zu verbinden. Dabei wurden Erfolge errungen, die sich nicht in der bürgerlichen Wahlstatistik ausdrücken, sondern sich vor allem bei der weiteren Arbeit in Hamburg günstig auswirken werden.

Für die SPD hingegen war die Wahl bekanntlich eine große Schlappe. Wenn viele stattdessen CDU wählten, so nicht als Alternative zur SDP, sondern aus spontanem Protest, "um denen da oben an der Regierung in Bonn einen ordentlichen Denkzettel zu verpassen". Das zeigt aber auch, daß das Betrugsmanöver des Parlamentarismus noch funktioniert, daß die Illusionen über den Parlamentarismus noch breiten Raum unter den Werktätigen einnehmen.

Die Genossen der Partei konnten bei ihrer Agitation und Propaganda unter den Werktätigen wachsenden Haß gegen den Imperialismus und wachsende Sympathie für den Kommunismus, für das sozialistische China und Albanien feststellen.

Diese Entwicklung der Werktätigen, langsam aber sicher zum Sozialismus zu streben, zeigt sich auch darin, daß unsere Partei auf Anhieb 3.000 Stimmen erhielt. Was auf den bürgerlichen Tabellen für ganz Hamburg als 0,3% erscheint, heißt bei den einzelnen Wahllokalen in Arbeitervierteln, wo die Partei bereits länger arbeitet, oft 0,9% oder z.B. in der Nähe des Arbeitertreffs und des Parteibüros 117 Wähler oder wie in einem Bezirk im Karolinenviertel 0 1,9%.

Trotz dieser großen Erfolge, gibt es aber auch Warnzeichen bei dieser Wahl. Mit dem Anwachsen der Klassenkämpfe ist es auch den modernen Revisionisten gelungen, ihren Stimmenanteil um 0,5% zu erhöhen. Für uns bedeutet das erhöhte Wachsamkeit gegenüber dem Feind und schonungslosen Kampf! Denn mit der Zunahme der Klassenkämpfe werden diese Verräter immer gefährlicher werden. Den Proleten aber, die diesen Betrügern auf den Leim gegangen sind, müssen wir den wahrhaft revolutionären Weg weisen, müssen wir immer zeigen, wo der Weg der Revisionisten endet: an der Kette des Imperialismus.

Die Erfahrungen in Hamburg haben uns erneut gezeigt, wo gegenwärtig unsere Hauptaufgabe liegt: **Die Massen streben mehr und mehr zum Sozialismus. Bauen wir eine starke bolschewistische, marxistisch-leninistische Partei auf, die in jeder Phase des Klassenkampfes ihnen den richtigen, revolutionären Weg weisen kann, gegen modernen Revisionismus, gegen die ständigen Angriffe der Bourgeoisie, gegen jeden Feind, der sich unserer Klasse in den Weg stellt.**

GRF vor leeren Bänken

"Bürgerlicher Wahlkampf vor leeren Bänken" – unter dieser Schlagzeile berichtete die „Rote Fahne" Nr. 9/74 über den Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaftswahl. Wahrheitsgetreu wird in dem Artikel festgestellt: "Auf die öffentlichen Wahlveranstaltungen kam kaum ein Mensch. So wurde in der vergangenen Woche der Bürgermeister und "Spitzenkandidat" der SPD Schulz in Billstedt einzig von etwa 10 SPD-Funktionären in einem 300-Mann-Saal empfangen. Polizeisenator Klose mußte vor rund 20 SPD-Anhängern sprechen." Über eine FDP-Versammlung weiß die "Rote Fahne" zu berichten: "FDP-Minister Friderichs z.B. wurde außer mit dem Beifall von 50 FDP-lern mit dem minutelangen Sprechchor von mehreren hundert Kollegen empfangen: "Lohnraubminister, Lohnraubminister!" In der Diskussion mußte er sich anhören, wie unsere Genossen die imperialistische Politik der SPD/FDP-Regierung Stück für Stück enthüllten."

Im Anschluß an diese Berichterstattung eröffnet die "Rote Fahne" einen scharfen "ideologischen Kampf" gegen unsere Partei: "Die KPD/ML zeichnet sich in ihrem Wahlkampf dadurch aus, daß sie zwar auf unseren Veranstaltungen erscheint und dort über den "Hauptfeind DKP" palavern will, aber auf den Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien sind es einzig unsere Genossen, die den Volksfeinden entgegentreten. Wie bei den Kämpfen der Arbeiterklasse in den letzten Jahren ist die Sekte KPD/ML auch an den entscheidenden Stellen des Wahlkampfes abwesend."

Bleibt festzustellen, daß die "Sekte" KPD/ML während des Hamburger Wahlkampfes zwar auf vielen hunderttausend Flugblättern den Marxismus-Leninismus propagiert, tausende Kollegen besucht und viele hundert Sympathisantenkontakte geknüpft hat, daß sie sich allerdings nicht am "Bürgerlichen Wahlkampf vor leeren Bänken" beteiligt hat. An diesen "entscheidenden Stellen des Wahlkampfes" bewährte sich die GRF als "Partei der Aktion".

ERKLÄRUNG: Mißbrauch des Namens KPD/ML!

Bei den Flugblättern, die im Raum Hannover mit dem Kopf der Partei verteilt werden und für die ein gewisser Theo Petzold presserechtlich verantwortlich zeichnet, handelt es sich um Erzeugnisse von Parteifeinden, die aus der Partei verjagt worden sind. Sie mißbrauchen den Namen der Partei, um Verwirrung in die Arbeiterklasse zu tragen. Durch den dreisten Mißbrauch des Namens der Partei wollen sie sich das Vertrauen der Kollegen erschleichen, um so wirkungsvoller gegen die Partei, gegen die Revolution, gegen die Interessen der Arbeiterklasse arbeiten zu können.

Wahlen in England:

Der Parlamentarismus geht seinem Bankrott entgegen!

Die Wahl in England brachte der Bourgeosie nicht den erhofften Erfolg. Die Regierung mußte in den Wahlkampf ziehen, da ihre Autorität in der Auseinandersetzung mit den Bergarbeitern stark geschwächt war, das Vertrauen der Massen ins parlamentarische System mehr und mehr schwand. Mit der Wahl – so die Rechnung der Bourgeoisie – sollte sich das ändern. Das Ergebnis aber zeigt: Die Bourgeoisie kann sich durch Wahlen und Parlamentarismusgeschwätz nicht aus der politischen Krise retten.

Bei den englischen Unterhauswahlen hat keine Partei soviel Stimmen auf sich vereinigen können, daß sie die Mehrheit im Parlament bildet: es herrscht ein Patt zwischen den beiden großen Parteien, den "Konservativen" und "Labour". Stimmen gewonnen hat eigentlich nur die "Liberale Partei", die bisher noch nicht an der Regierung war. Daß keine der beiden großen Parteien die entscheidende Stimmenzahl auf sich konzentrieren konnte, zeigt, daß sie für die breiten Massen keine Alternative mehr darstellen.

Damit werden im englischen Parlament unstabile Verhältnisse bestehen, die zugleich die tatsächliche Lage der Bourgeoisie widerspiegeln. Die Entwicklung wird nicht viel anders laufen als in den meisten westeuropäischen Ländern, und wie es am schärfsten bereits in Italien auftritt: Die bürgerlichen Parteien spalten sich zum Teil, zum Teil bilden sich neue, die sich als Wunderheiler des Kapitalismus präsentieren, Regierungen können nur noch aus mehreren Parteien erstellt werden, werden immer brüchiger und instabiler.

Diese Entwicklung ist Ausdruck der Verschärfung der imperialistischen Widersprüche. Die Bourgeosie – und das gilt mehr oder weniger für jedes westeuropäische Land – erlebt mit dem Anwachsen der Krise, daß die Arbeiter und auch die anderen Werktätigen sich mehr und mehr vom Parlamentarismus, vom Weg des Reformismus abwenden. Sie sieht sich gezwungen, immer wieder neue Kräfte aufzufahren, die die alten Illusionen des Parlamentarismus erneut schüren. Nachdem die Sozialdemokratie weitgehend abgehalftert hat, spannen sie sich die modernen Revisionisten an, um die Arbeiterklasse in ihrem Streben nach Sozialismus zu bremsen und an den Parlamentarismus zu ketten. Auf der anderen Seite bietet sie immer neue Parteien mit allen Schattierungen an, die gezielt bei den verschiedenen Schichten des Kleinbürgertums sowie auch Randgruppen des Proletariats anzuknüpfen versuchen, um diese als Bündnispartner des kämpfenden Proletariats zu isolieren. Ein Beispiel dafür ist bei den letzten dänischen Wahlen der Kandidat Glistrup und seine "Fortschrittspartei": Er versprach dem Kleinbürgertum ein Paradies der Steuerfreiheit und vermochte so vorübergehend Illusionen zu schüren.

Während die Bourgeosie versucht, mit dem Fortschreiten der wirtschaftlichen und dem Anwachsen ihrer politischen Krise, den Parlamentarismus noch einmal aufzupolieren, mag sie vielleicht einige Minderheiten des Volkes einschläfern und an den Parlamentarismus binden. Aber aus der politischen Krise wird sie nicht herauskommen. Während die Massen in ihrem Kampf fortschreiten, wird die Zusammensetzung des Parlaments und der Regierung immer komplizierter, das Gezänk um die Heilung des Kapitalismus immer lauter und die Unfähigkeit zu einer stabilen, kontinuierlichen Politik immer größer.

Angesichts dieser Entwicklung wird die Bourgeoisie immer weniger imstande sein, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen. Für sie bedeutet das, sich einen Ausweg zu schaffen, indem sie außerhalb des Parlamentes regiert, das Parlament zur völligen Bedeutungslosigkeit wird. Faschismus – Aufhebung sämtlicher demokratischer Rechte, Ausschaltung des Parlamentes, das ist der Ausweg der Bourgeoisie. Ein Ausweg der ihre politische Krise nicht beseitigt, sondern auf eine neue Stufe hebt.

Für das Proletariat aber gibt es nur einen Ausweg aus der wirtschaftlichen und politischen Krise des Imperialismus, den es früher oder später auch unbedingt gehen wird: den Ausweg der Revolution, der Zerschlagung der Herrschaft der Bourgeoisie und der Auseinanderjagung des bürgerlichen Parlamentes, um unter der Diktatur des Proletariats die demokratischen Organe des Volkes aufzubauen.

USA - Sowjetunion

Statt 'Friedenszeitalter' - fieberhaftes Wettrüsten

Ob Europäische Abrüstungskonferenz, SALT-Verhandlungen, Atomwaffensperrvertrag oder das sogenannte 'Atomabkommen' zwischen Moskau und Washington – überall machen die beiden Supermächte großen Lärm über Abrüstung und Entspannung. Während sie mit ihren Verhandlungen und Abkommen gemeinsam versuchen, jedes andere Land zum Abrüsten zu zwingen und seine Rüstung unter ihre Kontrolle zu bringen, rüsten sie ihre eigenen Militärapparate ständig auf.

Daß ihre Zusammenarbeit nicht etwa Entspannung zwischen Washington und Moskau schafft, sondern verschärfte Rivalität um die Hegemonie bedeutet, brachte der amerikanische Kriegsminister Schlesinger in seinem Jahrbuch selbst zum Ausdruck. Zum Bau weiterer sowjetischer Atomraketen äußerte er:

Die sowjetische Führung könnte falsch beraten sein, wenn sie annehme, daß eine solche Rüstung diplomatische Vorteile verschaffe. "Druck, Konfrontation und Krise könnten sehr leicht die Folge einer derartigen Fehleinschätzung sein."

Sowjetische Handlungen während des Nahostkrieges hätten gezeigt, daß Entspannung nicht das einzige "und unter bestimmten Umständen nicht das vorrangige politische Ziel der UdSSR" sei. Die Drohung mit einer direkten militärischen Intervention sei ein weiteres Beispiel für die Bereitschaft Moskaus gewesen, "Risiken hinsichtlich des Weltfriedens" einzugehen.

Damit hat der amerikanische Kriegsminister Schlesinger die Tiraden beider Supermächte vom Anbruch des Friedenszeitalters, wie sie noch beim Breshnew-Besuch in Washington zu hören waren, selber Lügen gestraft.

Es ist, wie Tschou En-Lai auf dem X. Parteitag der KP Ch über die beiden Supermächte sagte: **"Einerseits rivalisieren sie miteinander, andererseits machen sie gemeinsame Sache. Sie machen gemeinsame Sache, um dann in noch stärkerem Maße miteinander zu rivalisieren. Die Rivalität ist absolut und langdauernd, während die Kollaboration relativ und vorübergehend ist."**

Frieden und Entspannung wird es auf der Welt nicht eher geben als bis die Völker der Welt diese beiden Supermächte endgültig niedergerungen haben.

ROTER MORGEN

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 – 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Gewerkschaftsausschluß gegen Genossen Wagner :

Bosse und Bonzen in der Klemme

Ende Februar erhielt Genosse Günther Wagner einen Brief der IGM-Ortsverwaltung, man hätte im letzten "Roten Greifer", Betriebszeitung der KPD/ML bei Thyssen in Duisburg, gelesen, daß er Mitglied der KPD/ML sei. Nach dem Beiratsbeschluß der IGM müsse er sich von der KPD/ML distanzieren oder er werde aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.
In dem offenen Antwortbrief des Genossen Günther an den Ortsvorstand der IGM heißt es: "Als im Herbst bekannt wurde, daß ich Mitglied der KPD/ML bin, als ich von der Polizei verschleppt wurde, von der Hütte entlassen wurde, die Wiedereinstellung von der KPD/ML und meinen Kollegen erkämpft wurde, habt Ihr mich nicht ausgeschlossen. Zu offensichtlich wäre gewesen, daß Ihr mit Kapitalisten und Staat unter einer Decke steckt."

In der Tat. 5 Monate lang wagten die IGM-Bonzen nicht, ihren eigenen Beschluß anzuwenden. 5 Monate lang warteten sie vergeblich darauf, daß die Lage für sie besser und für die KPD/ML schlechter werden könnte. Das Gegenteil trat ein.
Als am 1. Januar der alte Vertrauensmann in der Abteilung, in der Genosse Günther arbeitete, ausschied, sollte nach dem Willen der Kollegen Genosse Günther sein Nachfolger werden. Die Bonzen wanden sich, fanden immer neue Argumente, die Wahl aufzuschieben.

Am 1. 2. glaubten sie es zusammen mit dem Kapital geschafft zu haben: Günther wird in eine andere Abteilung versetzt. Obwohl raffinierterweise noch 5 andere Kollegen mit wechseln sollen, das Ganze mit der Umschulung erklärt wird, die diese 6 Kollegen mitmachen, durchschauen die Kollegen das Manöver. Ihre Antwort: Günther ist unser Vertrauensmann, auch wenn er in einer anderen Abteilung ist.

In dieser Zeit wird Genosse Günther vom Chef der EHW praktisch die Kündigung angedroht. Als Vorgeschmack darauf wird ihm eine Unterschrift, die er für den Abschluß seiner Ausbildung braucht, zunächst verweigert. Schon nach wenigen Tagen muß der Chef unter dem Druck der Kollegen allerdings klein beigeben. Auch er ist gezwungen, offener Farbe zu bekennen. Mit Zeugen kommt er in die Abteilung des Genossen und verlangt von ihm, er solle seinen Einfluß auf die Partei geltend machen, daß über die EHW keine Artikel mehr in der Betriebszeitung erscheinen! Mit anderen Worten, er soll gegen die Partei, gegen die Interessen der Kollegen arbeiten – oder er fliegt! Genau der gleiche Gesinnungsterror, mit dem die IGM-Bonzen wenige Tage später vorgehen.

Kapital, Polizei und IGM-Bonzen, alle versuchen sie das Gleiche: die Kommunisten auf den Weg des Verrats, den Weg des Revisionismus zu zwingen – und wenn das nicht geht, sie zu entlassen, auszuschließen, zu verhaften. Zwei Wege – aber mit einem Ziel: den Marxismus-Leninismus und die marxistisch-leninistische Partei, die KPD/ML zu vernichten, der Arbeiterklasse ihre



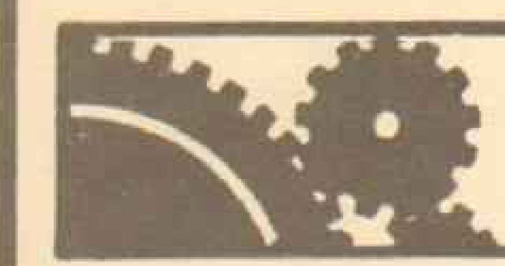
Führung zu rauben.

Doch unsere Genossen lassen sich nicht einschüchtern. Sie stehen zur Sache der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Und diese Partei kämpft. Das haben die Kollegen bei Thyssen bereits im Herbst erfahren.
Auch jetzt hat die Partei den Kampf aufgenommen – gegen einen Gegner, der seine Schwäche und Angst bereits offen gezeigt hat. Im offenen Brief des Genossen Günther heißt es:

"Ausschluß, das ist alles, was Euch bleibt. Dazu habt Ihr die Macht, denn die IGM ist keine Organisation der Arbeiter mehr, in der die Arbeiter die Politik bestimmen. Die IGM ist eine reaktionäre Gewerkschaft, in der die Blutsbrüder des Kapitals die Führung und den Apparat vollständig in der Hand haben. Euch kann man nur vollständig entlarven und isolieren – die Mitglieder dagegen müssen sich zusammenschließen zu einer revolutionären Opposition in der IGM, zur RGO. Euer Ausschlußterror wird das nicht verhindern können. Ohne Verfahren wollt Ihr mich ausschließen: Ihr wißt, daß den Kollegen klar ist, daß wir auf ihrer Seite stehen, auf der Seite der IGM-Mitglieder, wenn wir gegen Euch, gegen die Politik der Führung auftreten. Ich beantrage, ein öffentliches Ausschlußverfahren durchzuführen! Ihr werdet das nicht freiwillig machen, genausowenig wie Ihr ohne Druck die geforderte Mitgliederversammlung durchführen werdet, auf der meine Kollegen Stellung nehmen sollen, ob sie der Meinung sind, ob ich, ob die Propaganda und Politik der KPD/ML sich gegen sie richtet, ihnen schadet. Wenn Ihr keine Versammlung macht, werden wir ohne Euch, gegen Euch eine Versammlung erreichen und durchführen!"

Wie sehr Kapital und IGM-Bonzen eine solche Versammlung fürchten, für wie groß sie offenbar auch die Solidarität mit dem Kollegen Wagner halten, kann man daran sehen, daß Genosse Günther seit dem Bekanntwerden des Ausschlußverfahrens nur noch einen Tag in seiner neuen Abteilung war, daß ihm praktisch verboten wurde, mit den Kollegen seiner alten Abteilung zu reden.

Als ob man den Kampf der Partei ersticken kann, indem man einen Genossen zu isolieren versucht. Die Stärke der Partei ist ihre Organisiertheit und ihre Geschlossenheit, ist die Tatsache, daß sie mit ihrer Linie nichts anderes als den Willen der Arbeiterklasse vertritt. Das erlebten auch Thyssen-Kapitalisten und IGM-Bonzen. Die Kollegen Günthers sind empört. Nicht weil sie diesen Angriff der IGM-Bonzen und der Kapitalisten nicht erwartet haben, sondern weil sie den kommunistischen Kollegen schätzen. Die Betriebszelle der KPD/ML hat in Flugblättern die Kollegen informiert, hat Kleber gegen seinen Ausschluß verteilt und mit einer Unterschriftensammlung für ihn angefangen. Der Kampf hat erst begonnen!



Arbeiterkorrespondenz

"Wir sind keine Streikbrecher"

Ich bin Angestellter eines Zeit-Personal-Unternehmens in Bremen und war bereits vor dem Streik im Tarifgebiet Unterweser bei VFW-Fokker eingesetzt. Nach der Urabstimmung diskutierte ich mit den VFW-Kollegen und einigen meiner Kollegen, wie wir uns beim Streik verhalten werden. Eines war für uns klar: Auf keinen Fall als Streikbrecher in den Betrieb gehen!

Einen Tag vor Streikbeginn erhielten wir Zeit-Personal-Angestellten von unserer Firma einen Anruf mit der Anweisung, daß wir auf jeden Fall versuchen sollen, in den Betrieb zu kommen.

Einige Kollegen sprach ich dann erneut an und wir diskutierten, daß wir nicht in den Betrieb gehen wollen, trotz dieser Anweisung. Unsere Meinung war: Als Angestellte einer Fremdfirma bei VFW-Fokker, dürfen wir unseren streikenden Kollegen nicht in den Rücken fallen.

Am Streiktag gingen wir mit 2 Plakaten vor den Betrieb:
KEIN STREIKBRUCH DURCH ZEITPERSONAL!
Gehen wir nicht in den Betrieb, fallen wir den streikenden Kollegen nicht in den Rücken!
SOLIDARITÄT MIT DEN STREIKENDEN VFW-KOLLEGEN!

Weitere Kollegen unserer Firma kamen zu uns. Mit 16 Kollegen gingen wir dann in das Büro unserer Firma und erklärten: Wir machen keinen Streikbrecher-Einsatz. Wir sind weiterhin arbeitswillig und bereit in jedem nicht bestreikten Betrieb weiterzuarbeiten!

Ein Kollege und ich (wir hatten die Plakate getragen) wurden aufgefordert in das Büro der Chefin zu kommen. Dort wurde uns gesagt, daß wir uns strafbar gemacht hätten, weil wir den Namen der Firma auf den Plakaten mißbraucht und diskriminiert hätten. Sollten wir am 2. Streiktag wieder mit diesen Plakaten vor den Betrieb gehen, bekämen wir eine einstweilige Verfügung. Unser Einsatz bei VFW-Fokker wurde beendet, wir sollen in einer anderen Firma weiterarbeiten. Die anderen Kollegen wurden aufgefordert am folgenden Tag auf jeden Fall in den Betrieb zu gehen. Aber sie erklärten: "Wenn wir uns mit dem Streik solidarisch erklären, dann gilt das für den ganzen Streik!"
Woraufhin uns Konsequenzen (sprich Kündigung) angedroht wurden.

Am nächsten Morgen standen wir wieder vor dem Werkstor, an der Seite unserer streikenden VFW-Kollegen und der IGM-Streikhelfer!

MARION HARRIES, KANDIDATIN DER KPD/ML BEI DEN WAHLEN IN HAMBURG:

Von den Kollegen geschätzt-von den Bonzen gefeuert

Die Genossin ist Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen – gewesen. Bis zu dem Tag nämlich, wo ihre Kollegen sie als stellvertretende Vorsitzende vorschlugen. Da fiel dem alten 1. Vorsitzenden, einem D'K'P-Mitglied plötzlich ein, daß die Genossin Mitglied der KPD/ML ist. Er forderte Genossin Marion auf, den Wahlvorschlag abzulehnen und begann dann eine wilde Hetze gegen den Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust. Der Protest der Kollegen brachte ihn jedoch bald zum Schweigen. Genossin Marion lehnte natürlich nicht ab, die Kollegen hielten weiter zu ihr.

Die Bonzen waren jetzt gezwungen, das zuzulassen, was sie um jeden Preis vermeiden wollten, weshalb sie auch nicht schon zu Beginn der Versammlung gegen die Genossin vorgegangen waren: eine öffentliche Diskussion um den Gewerkschaftsausschluß einer Kommunistin. Das Ergebnis: die Kollegen waren für die Genossin und protestierten heftig gegen die Machenschaften der Bonzen. Da wurde ihnen der Boden zu heiß. Ein Mitglied der Ortsverwaltung erklärte die Genossin für ausgeschlossen und forderte sie auf, sofort den Saal zu verlassen, andernfalls werde er die Polizei holen. Unter Androhung von Gewalt mußte die Genossin gehen. Die Auseinandersetzung jedoch ging weiter. Bei der Kandidatenvorstellung wurde gegen den Ausschlußterror protestiert und klar gesagt, wer die wirklichen Gewerkschaftsfeinde sind: die Bonzen selber.

Kampforganisation für die Ordnung des Kapitals

Fortsetzung von Seite 1

Der DGB-Apparat kämpft gegen die Arbeiterklasse. Seine Hauptfeinde sind jene, die er als "Provokateure" bezeichnet: Kommunisten und andere klassenkämpferische Kollegen, die durch "illegale Agitation" dafür eintreten, dem Dreibund von Kapital, Staat und DGB-Apparat den entschiedenen Kampf anzusagen, auf die eigene Kraft zu vertrauen und den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen. Das ist es, wovor die Kapitalisten und die Bonzen gleichermaßen zittern.

Davor zittern auch die D'K'P-Revisionisten. In ihrem Bemühen, die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die Kapitalisten abzuhalten, sie an das kapitalistische System zu ketten, reden sie zwar von Fehlern des DGB und seiner notwendigen Demokratisierung, versuchen ihn aber der Arbeiterklasse doch als die gewerkschaftliche Kampforganisation zu verkaufen.

Wie an allen Fronten des Klassenkampfes fordern sie so die Arbeiterklasse auf, sich den Kapitalisten und ihren Unterdrückungsinstrumenten zu unterwerfen.

Weder die Anstrengungen der D'K'P-Revisionisten, noch die der DGB-Bonzen, weder der Ausschlußterror gegen kommunistische und andere klassenkämpferische Kollegen, noch die verstärkte Zusammenarbeit des DGB-Apparates und der D'K'P, mit der Polizei, wie sie sich bei der Niederschlagung des Fordstreiks in Köln gezeigt hat, aber auch bei den Entlassungen kommunistischer Arbeiter bei Krauss-Maffei, Mannesmann und Hoesch wird den weiteren Zusammenschluß der Arbeiterklasse im revolutionären Klassenkampf und den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition verhindern können, sondern ihn vielmehr noch beschleunigen.

Arbeitsamt erpresst sechs spanische Arbeiter

Am 4. 2. 1974 sind in Erlangen 6 spanische Arbeiter fristlos entlassen worden. Die Chefs des Transmar-Kongreß-Hotels hatten billigere Arbeitskräfte gefunden. Die Entlassenen gingen zum Arbeitsamt. Vazquez, der für sie zuständige Mann tat sehr empört. Und was tat er? Er speiste mit dem spanischen Konsul und mit den Herren des Hotels. Den Arbeitern ließ er ausrichten, sie sollten sich neue Arbeit suchen! Dabei wußte er genau, daß die Aufenthaltsgenehmigung der Spanier an ihre Beschäftigung im Hotel gebunden waren. Als die Arbeiter noch einmal zu ihm aufs Arbeitsamt kamen, nutzte er das schamlos aus. Er brüllte sie an, sie seien hier illegal. Wenn sie nicht tun würden, was er sage, seien sie in ein paar Tagen wieder in Spanien. So zwang er sie, einen Zettel zu unterschreiben. Erst hinterher wurde den Spaniern klar, was sie unterschrieben hatten: 1. die Kündigung war in gegenseitigem Einverständnis erfolgt. 2. Sie ziehen bis zum 28. 2. aus ihrer Wohnung aus.

Nachdem die Spanier erfahren hatten, wie der westdeutsche Staat mit dem spanischen faschistischen Regime zusammenarbeitet, wandten sie sich an die Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft, die in einem Flugblatt und in einem Bericht an den Roten Morgen den Kampf für diese 6 Spanier aufgenommen hat.

Es gibt soviel Energie wie noch nie-

Woher kommt die Energiekrise?

Mit horrenden Benzinpreiserhöhungen, Heizölpreissteigerungen bis zu 300 % — allgemeiner Teuerung versucht das Kapital die Lasten der Energiekrise auf die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten abzuwälzen.

Die Imperialisten behaupten, die Energiekrise sei ein Problem der zu knapp werdenden Energievorräte in der Welt. "Energievorräte reichen nur noch bis 1980" und ähnliches konnte man in der Zeitung lesen. Das ist eine Zwecklüge. Noch nie waren die Energievorräte so reich und so verschiedenartig wie heute. In den USA zum Beispiel sind noch nicht einmal 35 % der vermuteten Erdölvorkommen entdeckt. Der Zweck dieser Lüge wird sofort klar, wenn man die "Lösungsvorschläge" der Imperialisten hört.

"Der einzelne muß verzichten", sagte Brandt den deutschen Arbeitern. — Verstärkte Ausplünderung der Werktätigen, das ist das eine.

"Die erdölfördernden Länder sollen ihr Öl hergeben", das fordern vor allem die Supermächte, aber auch alle anderen Imperialisten. Wem soll dieses Öl gehören? Die Antwort ist unmißverständlich, wenn die SU-Imperialisten sagen: Öl muß internationaler Besitz sein, wenn ein Vertreter der US-Imperialisten allen anderen Ländern verbieten will, selbständig Beziehungen zu den erdölfördernden Ländern aufzunehmen. Der Oktoberkrieg im Nahen Osten hat auch keinen Zweifel daran gelassen, zu welchem Mittel die beiden Supermächte zu greifen gedenken, um an das begehrte Erdöl heranzukommen: zum imperialistischen Krieg.

Energiekrise - Ausdruck der Fäulnis des Imperialismus

Die Energiekrise aber entsteht, wie gesagt, nicht dadurch, daß die Erdölvorräte ausgegangen sind. Die Energiekrise ist ein Ausdruck der verschärften Widersprüche des imperialistischen Systems. Sie ist ein Ergebnis der monopolkapitalistischen Ausbeutung und wilden Ausplünderung sowohl der eigenen Bevölkerung als auch der Völker anderer Länder. Die momentane Energiekrise ist darüberhinaus ein Resultat der Expansion und Rivalität der beiden Supermächte USA und SU um die Vorherrschaft in der Welt.

Im kapitalistischen System regiert der Profit. Es ist das Wesen der Kapitalisten, nach immer höheren Profiten zu streben. Das zeigt sich im Betrieb, wo mit Rationalisierung und Arbeitshetze versucht wird, immer höheren Mehrwert aus der Arbeitskraft des Arbeiters herauszuholen, das zeigt sich auch in der Ausbeutung und im Gebrauch der Energievorräte. Wie es im Betrieb den Kapitalisten überhaupt nicht interessiert, daß zum Beispiel Autos gebaut werden, die Fahrsicherheit gewährleisten, sondern absichtlich Bleckkisten gebaut werden, denen man den späteren Schrotthaufen schon ansieht, wie es ihn überhaupt nicht interessiert, ob der Arbeiter, der er immer mehr auspreßt, mit 40 schon Halbinvalide ist — so wird auch die Bevorzugung einer bestimmten Energie nicht von der Vernunft, sondern allein vom Streben nach Maximalprofit bestimmt.

Früher war die Kohle die hauptsächliche Energie für die Industrie. Sie ist heute längst nicht ausgeschöpft. Keine einzige Zeche im Revier ist deshalb geschlossen worden, weil keine Kohle mehr vorhanden war.
Sie werden geschlossen und auch die westdeutsche Industrie drängt mit Macht nach dem Erdöl, weil Erdöl leichter zu fördern und darum für die Kapitalisten profitabler ist.

Ein Grund für die angebliche Energieknappheit ist also der, daß die Imperialisten große Teile der natürlichen Energievorräte, nämlich der Kohle, nicht mehr gebrauchen wollen, weil es ihnen nicht profitabel genug ist.

Ein zweiter Grund ist der ungeheuer gestiegene Bedarf an Energie in den imperialistischen Ländern. Das liegt nur zum Teil an den Bedürfnissen der Industrie. Nur 50% bis 60% der Energie wird in den kapitalistischen Ländern für produktive Zwecke verbraucht. Den Rest aber frißt nicht der private Haushalt oder das private Auto des werktätigen Volkes, wie die Imperialisten behaupten. Den Löwenanteil des Rests frißt die Rüstung, frißt die imperialistische Armee. Dieser Anteil steigt beständig, weil auch die Imperialisten immer schneller und mehr aufrüsten müssen. Das gilt vor allem für die Supermächte. Sie müssen aufrüsten, um ihre Macht in den Ländern, die sie besetzt halten, gegen den wachsenden Widerstand der Völker aufrechtzuerhalten. Ihr Streben nach der Vorherrschaft in der Welt, das genauso gesetzmäßig ist wie das Streben nach dem Maximalprofit auch, zwingt sie zu einem wilden Wettrüsten.

Der zweite Grund für die angebliche Energieknappheit ist also das Streben aller Imperialisten nach der Neuaufteilung der Welt, ist insbesondere der Kampf um die Hegemonie zwischen den beiden Supermächten.

Es gibt nur einen revolutionären Ausweg aus der Energiekrise

Während die modernen Revisionisten dem Arbeiter eine "kalte Zukunft" prophezeien, kämpft er nicht unter Führung des Kapitals für mehr Energie, ist es in Wirklichkeit genau andersherum. Die Ausbeutung und Nutzung der Energie ist eine Klassenfrage. Immer hat in der Geschichte die untergehende Klasse sich der Entwicklung der Produktivkräfte in den Weg gestellt, den gesellschaftlichen Reichtum zerstört. Genauso die Imperialisten heute. Energie ist überreichlich vorhanden. Aber die Imperialisten sind durch die Gesetze des Kapitalismus gezwungen, diese Energie brachliegen zu lassen, ja sie sogar zu zerstören, wie zum Beispiel im Revier, wo nicht nur Zechen zugemacht, sondern die Zugänge zur Kohle direkt zerstört werden. Sie sind gezwungen, die so entstandene Energieknappheit durch Raub und Plünderung und schließlich mit kriegerischen Mitteln zu noch größerer Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums zu treiben. Das zeigt die ganze Fäulnis dieses Systems. Innerhalb dieses Systems kann es deshalb keine Lösung des Energieproblems geben.

Eine Lösung der Energiekrise für die Arbeiterklasse und die werktätigen Schichten des Volkes gibt es nur auf revolutionärem Weg. Wem schadet denn der Ölboykott der arabischen Länder? Doch allein den Imperialisten. Wenn die Supermächte und auch die anderen Imperialisten in immer größere Schwierigkeiten geraten, wenn sich die Widersprüche unter ihnen verschärfen, so kann die Arbeiterklasse nur froh sein, denn es verbessert ihre eigenen Kampfbedingungen. Über das Ziel dieses Kampfes aber kann es auch unter dem Aspekt der Energie keinen Zweifel geben. Es kann nur der Sozialismus sein.

Nehmen wir China als Beispiel. Im roten China gibt es keine Energiekrise. Denn in China hat die Arbeiterklasse die politische und wirtschaftliche Macht. Für die Arbeiterklasse aber gibt es keinen Grund, die vorhandenen Energievorräte nicht zu fördern und vernünftig zu gebrauchen. Sie befreit im Gegenteil die Produktivkräfte aus den Fesseln, an die sie die Profitgier des Kapitals gekettet hat und macht sie dem Volk nutzbar.
Als China noch ein unterdrücktes Land war, da erhoben die Imperialisten ein großes Geschrei von der Ölarmut Chinas. Seit aber die Arbeiterklasse die Macht hat, sind mehr und mehr natürliche Energiequellen entdeckt und genutzt worden. Heute ist China unabhängig von importiertem Öl. Ähnlich in Albanien. Dort erboten sich vor einigen Jahren die sowjetischen Sozialimperialisten, nach Öl zu bohren. Sie behaupteten, es gäbe keines. Schließlich wollten sie ja Albanien als einen "grünen Garten" abhängig halten. Als die Sozialimperialisten aus Albanien verjagt wurden, entdeckten albanische Techniker an den gleichen Bohrstellen riesige Ölvorkommen. Das zeigt noch einmal deutlich: Es gibt keine Energieerschöpfung. Wer das behauptet, will vertuschen, daß das kapitalistische System immer offensichtlicher ausgespielt hat. Wer das behauptet, will vertuschen, daß die Arbeiterklasse und die werktätigen Schichten des Volkes eine glänzende Zukunft, frei von Krisen jeder Art vor sich haben, wenn sie das imperialistische System stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten.

Der imperialistische Ausweg aus der Energiekrise heißt Ausplünderung und Aggression

Wenn die Energiekrise ein Ergebnis des verschärften Kampfes der Imperialisten um den Maximalprofit ist, so ist es nur folgerichtig, daß auch der imperialistische Ausweg aus der Energiekrise von diesem Streben nach Maximalprofit diktiert ist. Und der profitbringendste Weg für die Imperialisten ist der, das Öl im eigenen Land unausgebeutet zu lassen und es sich mit Erpressung und militärischer Gewalt aus den Ländern der Dritten Welt zu holen. Dabei findet seit einigen Jahren ein heftiger Kampf um die reichhaltigen Ölvorkommen im Nahen und Mittleren Osten statt. Dieser Kampf ist vor allem ein Zweikampf zwischen den beiden Supermächten. Gegenwärtig wird mehr als die Hälfte der Ölvorkommen dort von den US-Imperialisten kontrolliert. Allein 1972 machten sie dort 2.400 Mio. Dollar Profit. Ihre Profitrate ist höher als 130 Prozent oder anders ausgedrückt, im Durchschnitt 10 mal so hoch wie die durchschnittliche Profitrate aller anderen ausländischen US-Investitionen. Der zeitweilige Wohlstand in den USA, an dem auch ein geringer Teil der Arbeiterklasse teil hatte, ist ein Ergebnis dieser blutigen Raubpolitik, die die USA seit dem 2. Weltkrieg im Nahen Osten und in den anderen Ländern der Dritten Welt betreiben.

Die SU-Imperialisten versuchen seit mehreren Jahren, die USA dort zu verdrängen und selber Herr über dieses nicht nur wegen des Erdöls, sondern auch wegen seiner strategischen Bedeutung wichtige Gebiet zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie keine Ausgaben gescheut und sich in "militärischem Beistand" und "Wirtschaftshilfe" für die arabischen Länder sozusagen überschlagen. Nach der Devise "Waffen für Öl" und "Maschinen für Öl" haben sie Riesenprofite gemacht.

DIE HAUPTTENDENZ IST DIE REVOLUTION!

Jahrzehntelang waren es die Imperialisten gewohnt, den Reichtum der sogenannten Entwicklungsländer als ihren eigenen Reichtum zu betrachten, die unterdrückten Länder wie Sklaven zu behandeln. Die neueste Auflage dieser Theorie ist die Behauptung der Sozialimperialisten vom Öl als internationalem Besitz. Die ganze Welt konnte beobachten, wie diese Länder mit ihren ungeheuren Bodenschätzen immer ärmer wurden, während die imperialistischen Länder ihren Reichtum ständig steigerten. Die Imperialisten "erklärten" diese Tatsache mit der "Rückständigkeit" dieser Länder und anderen Lügen und behaupteten unverfroren, diese Länder seien auf ihre Hilfe und Unterstützung angewiesen.

Seitdem sich der Befreiungskampf der unterdrückten Länder verstärkt hat, seitdem die Imperialisten aus einigen Ländern durch den siegreichen Volkskrieg vertrieben sind, kann jeder selbst sehen, daß es sich genau umgekehrt verhält. Diese Länder sind arm, solange die Imperialisten sie auspressen, sie werden zunehmend reicher, je länger das Volk die Geschicke des Landes selbst in die Hand genommen hat.

Angespornt von diesen Beispielen haben auch die arabischen Völker den Kampf gegen die Ausplünderung durch die Supermächte aufgenommen. Sie haben Schulter an Schulter gegen den israelischen Zionismus und seine Hintermänner gekämpft und haben ihre reichhaltigen Ölvorkommen als Waffe gegen die Supermächte eingesetzt.

Daß sie die Imperialisten damit an einer schwachen Stelle getroffen haben, zeigt deren wildes Gejammer. In der Tat haben die arabischen Länder durch ihren Kampf erreicht, daß die beiden Supermächte nicht mehr länger die vollständige Kontrolle über die Situation im Nahen Osten ausüben können, andere Länder nicht mehr ausplündern können, wie es ihnen gefällt. Insofern ist die Energiekrise auch eine politische Krise, eine Krise der Supermächte bei ihrem Streben nach Hegemonie.

Die D'K'P-Revisionisten wollen die Arbeiter an den Imperialismus ketten

Die eifrigsten Propagandisten für die Supermächte und die anderen Imperialisten sind die modernen Revisionisten von der D'K'P. Sie versuchen im Namen des Marxismus-Leninismus den Arbeitern den einzigen Ausweg aus der Energiekrise, und das ist der revolutionäre Ausweg, zu versperren, um sie vor den Karren der Imperialisten zu spannen. Um das zu erreichen, müssen sie vor allem leugnen, daß die Energiekrise ein Ausdruck der allgemeinen Krise des Imperialismus, der wachsenden Schwierigkeiten des Imperialismus ist.

So behaupten sie, es gäbe gar keine Energiekrise, sondern lediglich eine Ölkrise. Die Ölkrise aber sei das Werk der Ölkonzerne, die mit der so beschworenen Ölknappheit ihr Geschäft machen wollen. Findet diese Theorie bei den Arbeitern Glauben, dann sind die Imperialisten natürlich fein heraus. Was sie fürchten, ist nicht, daß Autokorsos durch die Straßen fahren mit dem Ruf: Ölkonzerne knacken! Was sie fürchten, ist, daß die Arbeiter erkennen, daß die Energiekrise ihre Wurzeln im imperialistischen System selbst hat, daß auch die Energiekrise zeigt, daß der Imperialismus auf dem absteigenden Ast sitzt.

Während der Kampf der arabischen Länder den Arbeitern zeigt, daß die Unterdrückten keinen Schritt gemeinsam mit den Unterdrückern machen dürfen, propagieren die modernen Revisionisten genau das Gegenteil: Mit ihrer Forderung: Zurück zur Kohle! unterstellen sie, die Imperialisten könnten zu einem vernünftigen Gebrauch der Energievorräte bewegt werden, tun sie so, als gäbe es für die Arbeiter einen Ausweg aus der Energiekrise unter Führung des Kapitals. Damit sabotieren sie den Kampf für den einzigen Weg, der aus dem faulenden und abstrebenden imperialistischen System herausführt, die sozialistische Revolution.

Gleichzeitig bereiten sie damit den Weg, um bei einer weiteren Verschärfung der Schwierigkeiten der Imperialisten, die Arbeiter direkt vor deren Karren zu spannen. Denn die Imperialisten, die Supermächte wie die westdeutschen Imperialisten auch, können nicht zurück zur Kohle. Sie wollen zum Erdöl — und zwar um jeden Preis, auch um den Preis eines neuen imperialistischen Krieges. Und haben die modernen Revisionisten sich einmal zum Fürsprecher der Energiebeschaffung der Imperialisten gemacht, so ist es nur eine Frage der Zeit, wann aus dem "Zurück zur Kohle!" ein "Vorwärts zum Erdöl!" wird.

Rohstoffcharta: Imperialistische Raubpolitik

Aufgeschreckt durch die Tatsache, daß der Zusammenschluß der kleinen und mittleren Länder die Monopolstellung der Imperialisten, insbesondere der beiden Supermächte auf dem Erdölsektor bereits ernsthaft bedroht, versuchen die Imperialisten, vor allem der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus jetzt, den Ländern der 3. Welt ein Abkommen aufzuzwingen, durch das der imperialistische Anspruch, die Rohstoffquellen dieser Länder auszuplündern, völkerrechtlich legitimiert werden soll. Nach den beiden Supermächten sind in dieser Hinsicht auch die westeuropäischen Imperialisten, insbesondere der westdeutsche Imperialismus, sehr aktiv.

Die westdeutschen Imperialisten haben bereits im November letzten Jahres eine aus Staatssekretären bestehende Kommission eingesetzt, die inzwischen schon Vorschläge unterbreitet hat, wie die Länder, aus denen die westdeutschen Imperialisten Rohstoffe beziehen, unter Druck gesetzt werden können. Neben dem Erdöl geht es den westdeutschen Imperialisten vor allem um die sogenannten Nichteisenmetalle wie Kupfer, Aluminium, Bauxit usw., die besonders für die Elektrotechnik von Bedeutung sind. Es beunruhigt die Imperialisten natürlich, daß die in der CIPEC zusammengeschlossenen kupferproduzierenden Länder (Chile, Peru, Sambia und Zaire — 30% der Weltförderung) dem Beispiel der OPEC (Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder) folgen und gemeinsam höhere Preise von den Imperialisten fordern wollen. Zusammenschließen wollen sich auch Australien, Surinam, Jamaika, Jugoslawien und Guinea, die 66% des in der DBR verbrauchten Hüttenaluminiums liefern.

Die westdeutschen Imperialisten machten als Delegationsleitung der Europäischen Gemeinschaft in dieser Frage auch in den Vereinten Nationen einen Vorstoß. Anfang letzten Jahres wurde auf Drängen der sogenannten Entwicklungsländer eine Arbeitsgruppe der "UN-Konferenz für Handel und Entwicklungsländer" eingerichtet, die eine "Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" erarbeiten sollte. Diese Staaten wollen in dieser "Charta" bekräftigt sehen, daß jedes Land hundertprozentige und uneingeschränkte Verfügungsgewalt über seine Rohstoffe hat.

Die Supermächte und die westeuropäischen Imperialisten — voran die westdeutschen — wollen dagegen folgende Formel durchdrücken: "Die Ausübung der Souveränitätsrechte sollen den Erfordernissen und der Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit — RM) der Volkswirtschaften aller Staaten Rechnung tragen, sowie zur ausgewogenen Expansion der Weltwirtschaft beitragen." Hinter dieser verklausulierten Formulierung verbirgt sich die von den Supermächten schon während des letzten Nahost-Krieges aufgestellte Behauptung, die Rohstoffe gehörten nicht dem Land, auf dessen Gebiet sie sich befinden, sondern allen Ländern (sprich: den Imperialisten, vor allem den Supermächten).

Damit wollen die imperialistischen Räuber die von ihnen betriebene Ausplünderung der unterdrückten Völker, die sie in Zukunft noch verstärken wollen, auch noch völkerrechtlich legitimieren. Was die Imperialisten vom Völkerrecht halten, hat das Beispiel Chile erneut gezeigt, wo der US-Imperialismus, um die Kontrolle über die Kupfervorkommen wieder in die Hand zu bekommen, einen blutigen Putsch inszenierte.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Weltweite Proteste gegen faschistischen Mord an Puig Antich

Die Ermordung des Revolutionärs Salvador Antich Puig durch das faschistische Franco-Regime hat in Spanien und in vielen anderen Ländern große Empörung hervorgerufen.

In Spanien fanden aus Protest gegen die grausame Ermordung an verschiedenen Orten Protestaktionen statt. In Barcelona, wo die Hinrichtung stattfand, demonstrierten noch am selben Tag Hunderte von Menschen durch die Straßen. In Madrid wurden Polizeikräfte gegen Studenten eingesetzt, die gegen die Ermordung Puigs protestierten. Die Regierung schloß die juristische Fakultät aus Angst vor weiteren Aktionen.

Demonstrationen und Protestkundgebungen gab es auch in vielen anderen Städten Europas. In der DBR werden spanische Büros, insbesondere das spanische Generalkonsulat in Düsseldorf, aus Furcht vor der gerechten Empörung der Massen über die Ermordung S.A. Puigs von Polizei überwacht.

Demonstration gegen Yankee-Franko-Faschismus

Am Montag, den 4. 3., wurden in Düsseldorf 3 antifaschistische spanische Arbeiter verhaftet.

Angeblich haben sie versucht, als Antwort auf die Ermordung Puig Antichs, mit Molotowcocktails ein spanisches Büro in Brand zu stekken.

Gegen den faschistischen Terror in Spanien und die Verhaftung der drei Spanier in Deutschland demonstrierten am 8. 3. 1974 200 Menschen in Bochum. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatte die Deutsch-Spanische Freundschaftsgesellschaft, die Revolutionäre, Antifaschistische und Patriotische Front Spaniens, die KPD/ML und die Rote Garde, ihre Jugendorganisation, sowie die GRF und die Liga.
Als Höhepunkt der Demonstration wurde unter dem Beifall der Demonstranten und den wütenden Blicken der Polizei die Fahne des yankee-frankistischen Regimes verbrannt.



Auf einer Touristikausstellung in Frankfurt wurde aus Wut über den Francofaschismus in Spanien und seine Henker der spanische Stand zerstört.

Der Tourismus ist für das Franco-Regime eine wichtige Stütze. Allein 1969 brachte der Tourismus dem Regime 1.288,50 Mio. Dollar. Mancher, der im Urlaub nach Spanien reist, mag meinen, mit seinen Devisen dem spanischen Volk zu helfen.

Tatsächlich aber ist der Tourismus in Spanien eine Industrie und befindet sich wie jede andere Industrie in den Händen einer Handvoll Reaktionäre – der Finanzoligarchie und der Großgrundbesitzer, eben die, die den Faschismus in Spanien errichtet haben und sich nur durch Terror und Repressionen an der Macht halten können.
Diese Oligarchie, gegen die das Volk unnachgiebig kämpft, erhält durch den Tourismus eine große Unterstützung.

Werde deshalb nicht zum Feind des spanischen Volkes, indem du seinen Unterdrückern hilfst. Warte mit deiner Reise, bis Spanien von seinen faschistischen Henkern befreit ist.
Keine Ferienreise nach Spanien!

Philippinen :

Das Volk wünscht sehnlichst die Revolution

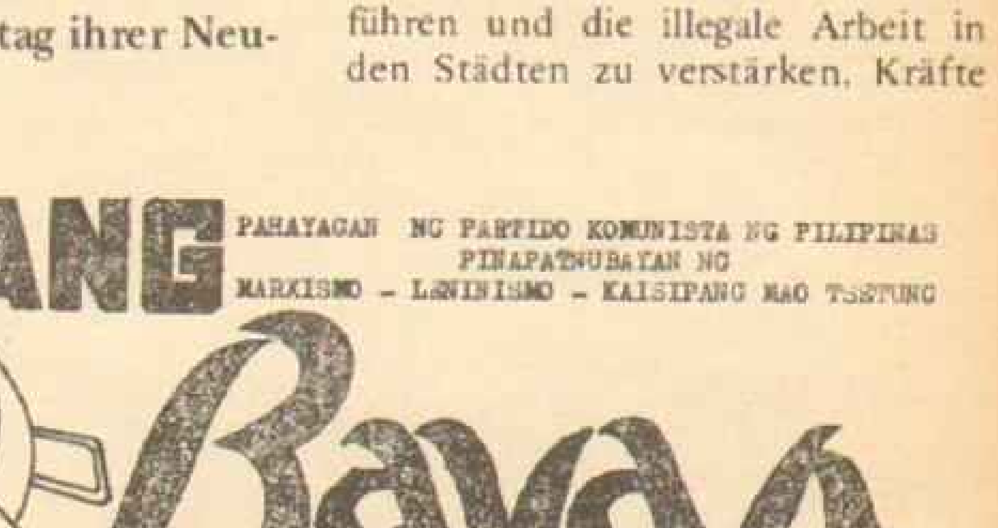
Der Kampf des philippinischen Volkes gegen die volksfeindliche Marcos-Diktatur wird von Tag zu Tag heftiger. Die Vertiefung der Wirtschaftskrise hat die breiten werktätigen Massen aufgebracht, die revolutionäre Bewegung marschiert ständig vorwärts.
Das Volk kämpft unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen, die am 26. Dezember den 5. Jahrestag ihrer Neugründung feierte.

Seit Mitte Februar werden auf den südlichen Philippinen heftige Kämpfe gegen das von Marcos eingesetzte Militär und seine Polizeitruppen geführt. Dieses stetige Anwachsen des Befreiungskampfes auf den Philippinen während der letzten Jahre zeigt den Haß des Volkes gegenüber der reaktionären Regierung in Manila. Das diktatorische Marcos-Regime unterdrückt mit aller Gewalt jede demokratische und fortschrittliche Bewegung im Lande. Vor einem Jahr bereits richtete das Marcos-Militär unter der Bevölkerung der Insel Mindanao ein Massaker an, um den Kampf des Volkes zu brechen. Tausende werden umgebracht, hunderttausende mußten fliehen.

Die reaktionäre Regierung in Manila scheut kein Mittel, um Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus im Lande aufrecht er zuhalten. Sie hat, um sich die Unterstützung ihrer reaktionären Herrschaft zu sichern, den ausländischen Monopolen Tür und Tor geöffnet, die nationalen Reichtümer auszuplündern. Sie hat sich aufs engste mit dem US-Imperialismus verbündet und sich zu seinem gefügigen Werkzeug gemacht. Allein 1973 ließen die amerikanischen Oberherren 800 Millionen Dollar springen für die Aufrüstung der Militär- und Polizeieinheiten.

Aber nicht nur die US-Imperialisten tun alles mögliche, um die reaktionäre Marcos-Regierung am Leben zu erhalten. In ihrem Wettrennen mit den USA um die Durchdringung und Beherrschung Asiens versuchen auch die sowjetischen Sozialimperialisten, sich dem Marcos-Regime anzunähern. Unter dem bekannten Aushängeschild der "fruchtbaren wirtschaftlichen Zusammenarbeit" sind sie bereit, das finstere Marcos-Regime finanziell zu unterstützen und sich der Ölvorkommen des Landes zu "widmen". Diese Unterstützung Moskaus zeigt, daß die Sozialimperialisten auch in diesem Land helfen, den Befreiungskampf des Volkes zu sabotieren und zu unterdrücken zugunsten ihrer hegemonistischen Ziele in Asien.

Anläßlich des 5. Jahrestages ihrer Neugründung hat die Kommunistische Partei der Philippinen eine Erklärung herausgegeben, in der die Bilanz gezogen wird im Kampf gegen den ausländischen Imperialismus, gegen Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus. Diese Bilanz weist glänzende Erfolge auf.



Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Philippinen

Die Volksarmee, die im März 1969 von der Kommunistischen Partei der Philippinen gegründet wurde, hat im Kampf für die Agrarrevolution an vielen Orten feindliche Truppen vernichtet oder außer Gefecht gesetzt. Schritt für Schritt wird die Bodenreform durchgeführt. Es werden lokale demokratische Machtorgane geschaffen. Auch wurden verschiedene Schläge gegen amerikanische Militärpersonen geführt. Dieser Kampf unter der Führung der Kommunistischen Partei der Philippinen gewinnt zunehmend das Vertrauen und die Unterstützung breiter Teile der Arbeiter und Bauern.

In ihrer Erklärung betont die Partei nochmals ihre Entschlossenheit, auf dem sicheren Weg des Volkskrieges vorwärtszugehen bis zur Verjagung der amerikanischen Oberherren und dem Sturz des reaktionären Marcos-Regimes, um die nationalen und demokratischen Bestrebungen des Volkes der Philippinen zu verwirklichen. Sie ruft die bewaffneten Einheiten auf, an den schwächsten Punkten des Feindes taktische Offensiven durchzuführen und die illegale Arbeit in den Städten zu verstärken, Kräfte zu sammeln und revolutionäre Propagandaarbeit zu entfalten.

Zugleich unterstreicht die Erklärung, daß die Erfolge der Partei und des Volkes nicht ohne Opfer, Schwierigkeiten sowie Fehler und Mängel, die überwunden werden mußten, erreicht wurden. Der ständige Kampf gegen den Revisionismus, die Befolgung der richtigen ideologischen und politischen Linie auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen haben die großen Erfolge der Partei ermöglicht.

Die gegenwärtige Lage, heißt es in der Erklärung, ist glänzender denn je. Die Bedingungen reifen heran, um den revolutionären Kampf auf eine höhere Stufe zu heben. Das Volk wünscht sehnlichst die Revolution und die Veränderung des Systems.

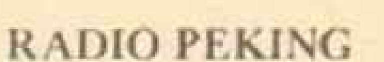
Hört die revolutionären Sender!

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer die Sendung von 21.30 bis 22.00 Uhr nun auch auf Mittelwelle 215 Meter. Damit wird nun auch das Programm, das für Westdeutschland bestimmt ist, auf Mittelwelle ausgestrahlt.

Wie bekannt, sendet Radio Tirana täglich acht mal drei verschiedene Programme.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.


RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00	und 26,2 Meter

Die Linie der Gruppe Rote Fahne -

Eine Mixtur aus Revisionismus und Trotzkismus

Am 16. März wollen die Führer der Gruppe Rote Fahne, die sich unverschämterweise "KPD" nennt, in Düsseldorf den Programmentwurf ihrer Organisation der "Öffentlichkeit vorstellen". Wir nehmen das zum Anlaß, noch einmal auf die wichtigsten, direkt gegen den Marxismus-Leninismus gerichteten Positionen dieser Partei einzugehen. Aus der Linie der GRF, die immer deutlicher antikommunistische Züge annimmt, läßt sich die in der Roten Fahne Nr.9 aufgeworfene Frage nach der "Bedeutung des Programms der KPD für den Klassenkampf in unserem Land" mit Sicherheit besser und erschöpfender beantworten als aus den für Düsseldorf angedrohten Tiraden der GRF-Führer.

DIE GRÜNDUNG DER GRF – EIN AKT DES ANTIKOMMUNISMUS

Bereits die Gründung der GRF, die sich zunächst KPD-Aufbauorganisation nannte, war ein Akt des Antikommunismus. Diese Tatsache wird besonders an drei Punkten deutlich:

1. Die Gründung der GRF erfolgte im Kampf gegen unsere Partei, die bereits 1 Jahr zuvor im harten Kampf gegen den modernen Revisionismus gegründet worden war. Die GRF-Gründung verstieß gegen das Prinzip, daß nur EINE Kommunistische Partei die Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution führen kann, weil sie erfolgte, obwohl eine marxistisch-leninistische Partei bestand, ohne auch nur den geringsten Versuch zu unternehmen, ihre revisionistische Entartung nachzuweisen.

2. Die GRF-Gründung war ein Anschlag auf die führende Rolle der Arbeiterklasse. Bereits der 1. Absatz ihrer Gründungsplattform läßt keine Zweifel daran, daß hier die führende Rolle der Intelligenz durchgesetzt werden soll: "Die Gruppe von Genossen, die sich nach einer Reihe gründlicher Diskussionen, die unter dem Aspekt der "ideologischen Vereinheitlichung" in den grundlegenden politischen Fragen geführt werden, zusammenschließen, nachdem Fragen der zukünftigen Berufstätigkeit von Studenten und der langfristigen politischen Verpflichtung geklärt sind, begründet ihre politische Tätigkeit als KPD-Aufbauorganisation mit dem Ziel, eine revolutionäre Kommunistische Partei auf nationaler Ebene zu schaffen." Im Gegensatz dazu hat unsere Partei von Anfang an die führende Rolle der Arbeiterklasse gegen alle Angriffe verteidigt, alle Elemente, die dieses Prinzip untergraben wollten, aus ihren Reihen gesäubert, alle Abweichungen von diesem Prinzip in schonungsloser Selbstkritik entlarvt und korrigiert. Dies geschah nicht nur im erbitterten Kampf gegen den modernen Revisionismus, sondern auch gegen alle Angriffe des Trotzkismus. Es ist daher sicher kein Zufall, daß am 29. 1. 1970, wenige Wochen vor der GRF-Gründung, der Trotzkisten-Häuptling Mandel in Westberlin in einem Seminar zur "Rolle der Intelligenz im Klassenkampf" die Gründung einer Partei durch Studenten und unter studentischer Führung propagierte.

3. Die GRF-Gründung war ein Versuch, den konsequenten Kampf gegen den modernen Revisionismus zu verhindern, um an seine Stelle das Paktieren mit dem modernen Revisionismus zu setzen.

DIE D'K'P-REVISIONISTEN – EIN FEIND DER WESTDEUTSCHEN MONOPOLBOURGEOISIE?

Noch im Mai 1970 bezeichnete die GRF die DDR und die anderen revisionistisch entarteten Länder als sozialistisch. So kommentierte die Rote Fahne, die damals noch als Organ der Stadtteil-Komitees der KPD-AO fungierte, das Kasseler Treffen zwischen Brandt und Stoph mit folgenden Worten: "Das Kasseler Treffen war die Begegnung eines imperialistischen Staates mit einem sozialistischen Staat". Erst als sich – vor allem unter dem Einfluß der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, aber auch unserer Partei – in der gesamten revolutionären Bewegung Westdeutschlands die Erkenntnis von der Notwendigkeit des schonungslosen Kampfes gegen den modernen Revisionismus durchsetzte, rückte auch die GRF von ihrem offenen Paktierertum mit dem modernen Revisionismus ab.

Aber beileibe nicht mit dem Ziel, vor den Massen die wahre Rolle der D'K'P/SEW als Agentur der Bourgeosie in der Arbeiterbewegung zu enthüllen. Stattdessen erklärte sie die D'K'P/SEW jetzt zu einer Agentur der Sozialimperialisten. Nicht nur, daß sie so die tatsächliche Aufgabe der modernen Revisionisten, die Arbeiterklasse ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch zu entwaffnen, um die proletarische Revolution zu verhindern, verschweigen, sie erklären die D'K'P auch noch zum Feind der westdeutschen Monopolbourgeoisie und verbreiten damit in der Arbeiterklasse die Illusion, die modernen Revisionisten könnten dem Befreiungskampf des Proletariats unter Umständen doch nützlich sein. So heißt es in der im Herbst 1972 erschienenen Borschüre "Gegen Monopoldiktatur für Volksdemokratie" auf Seite 35: "Hier wird völlig klar, wessen Klasseninteressen die D'K'P-Führung mit ihrem 'Kampf gegen die Monopole' meint: Im Rahmen des Konkurrenzkampfes zwischen der westdeutschen Monopolbourgeoisie und der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion sowie der DDR gilt die strategische Linie der Schwächung des westdeutschen Monopolkapitals."

IST DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS FRIEDLICH GEWORDEN?

In der Roten Fahne vom 10.3.1972 heißt es: "Daß die Brandt-Regierung die bestehenden Grenzen in Europa hinzunehmen gezwungen ist, ... ist für alle fortschrittlichen Menschen Deutschlands begrüßenswert... Die Verminderung des militärischen Potentials in Mitteleuropa, die beiderseitig erklärte Absicht, die territorialen Gegebenheiten in Mitteleuropa zu akzeptieren, vermindert die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen in diesem Raum.' Diese Linie wird im "Rechenschaftsbericht des ZK der KPD an die 4. Parteikonferenz" ausdrücklich bestätigt: "Die Strategie (! – RM) des westdeutschen Monopolkapitals gegenüber den revisionistisch beherrschten Ländern Osteuropas besteht nicht in militärischen Aggression, sondern in sprunghafter Verstärkung des Waren- und Kapitalexports, in der imperialistischen Ausnutzung der Restauration des Kapitalismus in diesen Ländern."

Damit leugnen die GRF-Führer die alte Erfahrung der Arbeiterbewegung: Imperialismus bedeutet Krieg. Sie behaupten, die westdeutschen Imperialisten hätten ihre revanchistischen Ziele, wie die militärische Rückeroberung der DDR zugunsten einer Strategie der friedlichen Infiltration aufgegeben. Tatsache ist, daß der westdeutsche Imperialismus revanchistisch ist, daß er aber angesichts seiner relativen Schwäche gegenüber den Supermächten momentan seine aggressiven Pläne noch nicht in die Tat umsetzen kann. In Wirklichkeit ist gerade die "sprunghafte Verstärkung des Waren- und Kapitalexports" Vorbote imperialistischer Kriege. Lenin charakterisierte das im Kampf gegen Kautsky und Konsorten, die ebenso wie die GRF-Führer Theorien vom "friedlichen Imperialismus" auftischten, mit folgenden Worten: "Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nichtfriedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und Weltpolitik."

Indem die GRF-Führer das Märchen vom "friedlich gewordenen westdeutschen Imperialismus" auftischen, stoßen sie ins gleiche Horn wie Brandt und Konsorten und die D'K'P/SEW-Revisionisten, die mit ihrer Friedensheuchelei die Wachsamkeit der Werktätigen von den Gefahren eines neuen imperialistischen Weltkrieges ablenken, die aggressiven Pläne der Imperialisten tarnen wollen.

UNTERHÖHLUNG DER THEORIE VON DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

Von Anfang an hat unsere Partei keinen Zweifel daran gelassen, daß in Westdeutschland wie in allen imperialistischen Ländern die Errichtung der Diktatur des Proletariats unmittelbar auf der Tagesordnung steht. Anders die Gruppe Rote Fahne: "Gegen Monopoldiktatur – Volksdemokratie!" heißt ihre Parole. Die Propagierung der Diktatur des Proletariats durch unsere Partei wird von der GRF als sektiererisch bekämpft. In früheren Tagen versuchten die GRF-Führer immerhin noch, ihr Abrücken von der Diktatur des Proletariats durch schwachsinnige Verklausulierungen zu tarnen. So hieß es im Kommunique zur 3. Mitgliederversammlung der KPD/AO: "Sozialistische Volksrepublik auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats." 1971 propagierten sie die Losung: "Volksdemokratie mit der Diktatur des Proletariats als Kern".

Heute jedenfalls heißt es nur noch "Volksdemokratie" und sie wissen auch, warum die Losung der Diktatur des Proletariats sektiererisch ist: "Weil die Massen sie nicht begreifen und weil die Bündnisschichten nicht berücksichtigt werden". Und wer ist nach Ansicht der GRF die wichtigste Bündnisschicht der Arbeiterklasse: die revolutionäre Intelligenz. Damit wären wir wieder bei der Gründungsplattform der KPD/AO, in ihr wird bereits ziemlich konkret formuliert, wie die Intelligenz nach der Revolution zur neuen Bourgeoisie aufsteigen soll. Als eine Aufgabe der Intellektuellen wird genannt, "...sich für spezifische Aufgaben hinsichtlich der Eroberung der politischen Macht im Staat zu qualifizieren (denn die Diktatur des Proletaraits geht vom entwickelten Stand der Produktivkräfte aus, nicht von ihrer Vernichtung". Versteht sich: wenn die Produktivkräfte nicht vernichtet werden sollen, müssen sie in den Händen von Spezialisten liegen, die auf den Universitäten der Bourgeoisie ausgebildet worden sind.

GRF unterschlägt Spenden

Im Dezember letzten Jahres wurde Thomas Scheffer, Vorsitzender des Landesverbandes Westberlin der KPD/ML, bei der AEG-Brunnenstraße entlassen. Viele Kollegen waren über diese politische Entlassung empört, und so konnte auch die GRF nicht umhin, in ihrer Betriebszeitung Mitte Januar zur Entlassung des Genossen Scheffer Stellung zu nehmen. Obwohl jeder Kollege weiß, daß Genosse Scheffer von den AEG-Bossen gefeuert worden ist, weil er Kommunist ist und sich als Kommunist für die Interessen der Arbeiter eingesetzt hat, versuchten die GRF-Opportunisten diese Tatsache zu vertuschen und den Genossen Scheffer als "normalen fortschrittlichen Kollegen" hinzustellen.

Ohne sich mit Thomas Scheffer, geschweige denn mit der Partei abzusprechen, rief die GRF zu einer Spendensammlung für den Genossen Thomas auf. Erfolg: viele Kollegen, die zwar den Genossen Scheffer gut kannten, aber noch nicht richtig zwischen der GRF, die sich unverschämterweise "KPD" nennt, und der KPD/ML unterscheiden können, waren stocksauer, weil sie wußten, daß Genosse Scheffer eine neue Arbeit gefunden hatte und nicht in Geldschwierigkeiten war.

Auf einer Veranstaltung unserer Partei zur Vorbereitung des Arbeitsgerichtsprozesses von Thomas wie Genosse Scheffer das Vorgehen der GRF zurück und erklärte, daß er die gesammelten 30,– DM zwar persönlich nicht benötige, daß das Geld aber auf das von der KPD/ML propagierte Konto "Kampf der politischen Unterdrückung" überweisen wolle. Die GRF-Vertreter weigerten sich daraufhin das Geld zu übergeben und erklärten, sie würden das Geld an ein von der GRF inszeniertes "Konto gegen politische Entlassungen" überweisen.

Dieses Geld wurde auf den Namen des Landesvorsitzenden der KPD/ML gesammelt. Wenn die GRF es jetzt zur Finanzierung ihrer eigenen Spaltertätigkeit verwendet, ist das eine üble Täuschung der Kollegen, eine glatte Unterschlagung.

INTERNATIONALE SPALTERTÄTIGKEIT

Die starken trotzkistischen Tendenzen der GRF, wie sie schon die Verwandtschaft zwischen den Ausführungen Mandels und den entsprechenden Passagen der Gründungsplattform der KPD/AO erkennen ließ, zeigen sich auch in anderen Fragen. Trotzkismus spricht auch aus der Tatsache, daß die GRF-Führer an praktisch allen wichtigen Fronten des Klassenkampfes die Spaltung zum Prinzip erhoben haben. Trotzkistisch ist die von der GRF betriebene Diffamierung der Kämpfe von Bündnispartnern des Proletariats – wie z.B. der Bauern und der Fluglotsen. Es ist sicherlich kein Zufall, daß es gerade die GRF ist, die durch Bündnisse mit offen trotzkistischen Organisationen, dem Trotzkismus das Eindringen in die revolutionäre Bewegung erleichtert.

Am deutlichsten tritt der Trotzkismus der GRF-Führer aber in ihrer Einschätzung der internationalen Lage zutage. Im Rechenschaftsbericht des 3. ZK der GRF an die 4. Parteikonferenz heißt es: "Unsere Partei wendet die materialistische Dialektik auch in der Frage der Beurteilung des Hauptwiderspruchs und der von ihm abzuleitenden Nebenwidersprüche an. Sie unterscheidet daher nicht zwischen "Supermächten" auf der einen, "mittelgroßen" und "kleinen" Ländern auf der anderen Seite, sondern beurteilt die Qualität des antiimperialistischen Kampfs eines Landes in erster Linie nach dem Charakter der Klassenwidersprüche in einem Land, das im Gegensatz zum Imperialismus steht. Bevor sie also ein Land, das objektiv in einen Gegensatz zum Imperialismus geraten ist, der weltweiten Front gegen den Imperialismus zurechnet, untersucht sie zunächst die Folgen der Politik eines solchen Landes für die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen, sie charakterisiert die Formen des Widerspruchs zwischen den gesellschaftlichen Hauptklassen."

Wir sind auf diese Frage bereits mehrfach im RM eingegangen (vergl. RM 10/73). Gerade in letzter Zeit hat der Erdölboykott als Ausdruck des Zusammenschlusses der arabischen Länder gegen die Supermächte gezeigt, daß der Zusammenschluß der kleineren und mittleren Länder die Supermächte, also die gegenwärtig aggressivsten imperialistischen Mächte, schwächt, die Widersprüche zwischen den Imperialisten verschärft und so für den Kampf der unterdrückten Völker und für den Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern günstige Bedingungen schafft. Wir wollen uns nicht bei der Frage aufhalten, warum es ausgerechnet der materialistischen Dialektik entsprechen soll, wenn statt der objektiven Widersprüche die subjektive Qualität des Kampfes zum entscheidenden Faktor gemacht wird. Entscheidend ist, daß dieser theoretische Unsinn von den GRF-Führern mit dem Ziel in die Welt gesetzt wird, die Front der Völker gegen die Supermächte zu spalten und damit zu schwächen. So griff die Rote Fahne die ägyptische Regierung Sadat ausgerechnet in dem Moment an, als diese versuchte, die sowjetischen Sozialimperialisten aus dem Land zu werfen. Als die Imperialisten in aller Offenheit Überlegungen bezüglich einer Invasion in Lybien anstellten, wurde Staatspräsident Ghadaffi in der Roten Fahne als Handlanger des Imperialismus diffamiert.

Trotzkistisches Spaltertum beweisen die GRF-Führer, wenn sie mehr oder weniger offen die Kommunistische Partei Chinas angreifen (nur bruchstückhafte Kenntnis des Marxismus-Leninismus; so wird auch in obigem Zitat praktisch behauptet, die KP Chinas wende bei der Einschätzung der internationalen Lage nicht die materialistische Dialektik an). Trotzkistisch war der Versuch, Widersprüche zwischen der Volksrepublik China und der Volksrepublik Albanien zu konstruieren. In Frankreich, Holland, Italien, in der Schweiz, in Spanien u.a. arbeitet die GRF offen mit Spalterorganisationen zusammen.

Einen besonders schweren Angriff auf die Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung stellt die in der Roten Fahne 51/73 aufgestellte und in der Nr. 9/74 wiederholte Behauptung dar, die kommunistische Weltbewegung besäße keine Generallinie, kein Programm (vergl. RM 2/74). Die Tatsache, daß die GRF-Führer zur Begründung dieser Behauptung keine international ungelösten strategischen Fragen angeben können, zeigt, daß es nicht um die Lösung prinzipieller Fragen geht, sondern daß die Spaltung das Prinzip ist.

REVISIONISMUS UND TROTZKISMUS – DAS A UND O DER GRF!

Die Frage ist, warum gelingt es den GRF-Führern mit dieser Mischung von modernem Revisionismus und Trotzkismus relativ große Teile besonders der fortschrittlichen Studentenbewegung zu täuschen? Dazu wenden die GRF-Führer bestimmte Taschenspielertricks an:

1. Sie greifen unsere Partei an, indem sie behaupten, wir würden nur die Verlautbarungen der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens nachbeten. Sie dagegen wären "kritisch" und würden eigene Untersuchungen anstellen. Mit dieser Demagogie knüpfen die GRF-Führer an das von fortschrittlichen Studenten in der Studentenbewegung propagierte "kritische Wissenschaftsverständnis" an. Diese Wissenschaftskritik war in der Hauptseite fortschrittlich, weil sie sich gegen die bürgerliche Wissenschaft richtete. Die GRF-Führer aber machen nicht diesen Klasseninhalt zur Hauptseite, sondern betonen die Notwendigkeit der "Kritik an sich", um so den Wunsch fortschrittlicher Intellektueller, die bürgerliche Wissenschaft zu kritisieren, gegen den Marxismus-Leninismus zu wenden. Dabei berufen sie sich oft demagogisch auf Mao Tsetungs-Zitat "Gegen die Buchgläubigkeit". Lange Zeit griffen sie unsere Partei z.B. an, weil wir ohne eigene "konkrete Untersuchungsarbeit" den Begriff des Sozialimperialismus übernommen hätten. Inzwischen reden sie selbst von Sozialimperialismus, ohne daß sie Ergebnisse "konkreter Untersuchungsarbeit" vorgelegt hätten. In Wirklichkeit griffen sie also unsere Partei an, weil sie sich konsequent auf die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung stellte.

2. Sie leugnen die Bedeutung des ideologischen Kampfes. Sie heben hervor, daß in der Verschärfung des ideologischen Kampfes unsere Partei sich mehrmals von Feinden des Marxismus-Leninismus getrennt hat. Sie heben die Spaltung als Ergebnis des ideologischen Kampfes hervor, ohne darauf einzugehen, daß durch die Bekämpfung falscher Positionen die Partei ideologisch gestärkt wird. Gingen sie auf die von unserer Partei bekämpften ideologischen Positionen ein, würden ihre Mitglieder allerdings auch feststellen, daß es sich um dieselben handelt, die von den GRF-Führern vertreten werden: Paktieren mit dem modernen Revisionismus, Angriffe auf die führende Rolle der Arbeiterklasse usw.

3. Eine Hauptmethode der GRF-Führer ist es, die Praxis und die Aktion gegen den ideologischen Kampf auszuspielen. Die pausenlosen Aufrufe der GRF-Führer zu zentralen Aktionen, deren Unsinnigkeit auf der Hand liegt, verfolgen den Zweck, die Mitglieder und Sympathisanten pausenlos in Trab zu halten, um den ideologischen Kampf, die Diskussion der politischen Linie zu verhindern.

Letzten Endes werden die GRF-Führer den gleichen Weg gehen wie die Führer der ZB-Organisation (inzwischen aufgelöste Spalterorganisation): die Mitglieder werden ihren Revisionismus und Trotzkismus erkennen und sie zum Teufel jagen. Unsere Partei wird sich nach Kräften bemühen, diesen Prozeß zu beschleunigen, um durch die Zerschlagung dieser Spalterorganisation, die vor allem Teile der vom modernen Revisionismus abgestoßenen revolutionären Intelligenz vom Marxismus-Leninismus und von der KPD/ML fernhält, einen weiteren Schritt zur Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML zu verwirklichen.

Hände weg von fortschrittlichen Rechtsanwälten!

Auf Antrag der politischen Abteilung 14 der Staatsanwaltschaft Hamburg (StA Woltmann) hat das Amtsgericht Hamburg (Richter Isbarn) die Heidelberger Rechtsanwältin Marie-Luise Becker von der Verteidigung Eberhard Beckers, ihres Ehemannes ausgeschlossen. Genosse Becker war am 4. 2. 74 in Hamburg verhaftet worden und ist seitdem unter dem Vorwurf in Haft, Mitglied einer kriminellen Vereinigung, der RAF zu sein. Obwohl niemand bisher den Antrag der Staatsanwaltschaft oder den Gerichtsbeschluß zu Gesicht bekommen hat, wurde Frau Becker die Verteidigung ihres Mannes untersagt.

Noch am 8.2.74 hatte Bundesanwalt Zeis gegenüber Genossen Baader beider Kontrolle seiner Verteidigerpost erklärt, Maßnahmen gegen Rechtsanwältin Bekker seien nicht beabsichtigt. "Sippenhaft gibt es noch nicht." Nichts anderes als Sippenhaft ist es aber, wenn Staatsanwalt Woltmann seinen Antrag damit begründet, daß Frau Becker die Ehefrau des Gefangenen Becker sei und in der Ehewohnung Sachen gefunden worden seien, die mit der Straftat in Verbindung stünden. Gemeint sind hier die angeblichen "Sprengsätze," von denen selbst das Landeskriminalamt Stuttgart zugeben mußte, daß es sich dabei um Raketen handelt, wie sie für die Verbreitung von Konfetti oder von Flugblättern benutzt werden.

Noch vor kurzem hatte das Bundesverfassungsgericht im Falle der Genossin Gudrun Ensslin festgestellt, daß der Ausschluß ihres Verteidigers Schily verfassungswidrig war. Und so wird Rechtsanwältin Becker jetzt "auf dem Boden der Verfassung" von der Verteidigung ausgeschlossen, indem man sie einfach zum Mittäter erklärt.

In einer Presseerklärung der Rechtsanwälte Groenewold und Degenhardt heißt es dazu: "Der Ausschluß von Rechtsanwältin Becker ist ein Angriff auf die Rechte der politischen Gefangenen. Er verfolgt das Ziel, den Gefangenen das Recht zu nehmen, selbst den Verteidiger zu bestimmen, und auf diese Weise die gerichtlich angeordnete Isolation der politischen Gefangenen zu perfektionieren und ihren Widerstand zu schwächen. Der Ausschluß der Rechtsanwältin Becker ist Teil der Sonderbehandlung der politischen Gefangenen. Der besondere Charakter dieser Maßnahme zeigt sich auch darin, daß Richter Isbarn gleichzeitig den Besuch der Kinder von Becker zugelassen hat, aber angeordnet hat, Eberhard Becker den Kindern gefesselt vorzuführen, die Kinder (3 und 6 Jahre) nach Waffen vor und nach dem Besuch zu durchsuchen, und verboten hat, daß der Vater die Kinder auf den Arm nimmt".

Der Fall Becker ist kein Einzelfall. Systematisch werden die fortschrittlichen Rechtsanwälte schikaniert, um die Verteidigung der politischen Gefangenen zu sabotieren bzw. die Rechtsanwälte dazu zu bringen, die politischen Gefangenen im Stich zu lassen. So weigern sich einige Gerichte, Verteidigerpost zu befördern bzw. öffnen die Briefe der Verteidiger mit der Begründung, die Briefe seien zu dick. So wurde eine Postsendung der Rechtsanwälte Eschen, Mahler und Ströbele erst vom Kriminalamt in Koblenz gelesen und dann noch einmal von der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern aufgemacht.

Anstaltsleiter Bücker hat persönlich die Besuche der Gefangenen Meinhof durch ein Sichtfenster der Sprechzelle überwacht. Auf Protest erklärte er, er werde die Besuche bei politischen Gefangenen "so oft und so lange" er wolle, beobachten.

Am 18.2.74 wurde Rechtsanwalt Croissant aus reiner Schikane, die Schokolade, die er bei sich hatte, weggenommen. Außerdem wurde er länger als eine halbe Stunde in der Sprechzelle eingeschlossen. Erst nach längerem heftigen Klopfen war eine Beamtin bereit, die Tür zu öffnen, wollte ihn jedoch gleich wieder einschließen. Es erschien sogar das sogenannte Rollkomando, wagte jedoch nicht, gegen ihn vorzugehen.

Das Gefängnis Schwalmstadt weigert sich, Rechtsanwälte zum Besuch des politischen Gefangenen Andreas Baader zuzulassen, die Verteidigermaterial in Akten oder Aktentaschen bei sich führen oder Diktiergeräte benutzen wollen. Die Verteidiger dürfen nur einzelne lose Blätter mitnehmen. Wenn dabei gleichzeitig die Akten der Staatsanwaltschaft 140 Ordner umfassen, so ist klar, worauf das hinausläuft. Seit dem 13.2.74 müssen sich die Anwälte sogar vollstännackt ausziehen, wenn sie Baader besuchen wollen. Rechtsanwälte, die sich weigern, sich dieser Schikane zu unterziehen, wie Groenewold am 13.2. und Koch am 22.2. werden nicht zu ihren Mandanten gelassen.

Die Bundesanwaltschaft versucht, angesichts der wachsenden Proteste gegen die Angriffe auf die fortschrittlichen Rechtsanwälte, die Empörung auf einzelne Anstaltsleiter abzulenken. "Tatsächlich berufen sich jedoch die Anstaltsleiter, so am 19.2.74 in Köln, ausdrücklich auf die Bundesanwaltschaft und den Untersuchungsrichter Dr. Maul vom Oberlandesgericht Karlsruhe. Tatsächlich ist es auch allein die Bundesanwaltschaft und der Untersuchungs - richter, die für die verschärften Haftbedingungen der politischen Gefangenen und für die Beseitigung der Verteidigerrechte verantwortlich sind." (Aus einer Presseerklärung von 12 Anwälten)

Niemand, der auch nur einigermaßen über die Verfolgung der RAF-Genossen und anderer Revolutionäre Bescheid weiß, kann annehmen, daß es sich hier um die Willkür Einzelner handelt. Die Einrichtung der zentralen Einsatzkommandos, der Einsatz von Bundesgrenzschutz, die völlige Gleichschaltung der Presse - sie beweisen, daß Polizei und Klassenjustiz im Auftrag des Kapitals gegen einzelne Revolutionäre vorgehen und dabei gleichzeitig für die Niederschlagung größerer Kämpfe üben. Schon heute wird nicht nur in den Gefängnissen gefoltert, sondern immer häufiger auch in den Polizeidienststellen im Anschluß an Demonstrationen. Die Verfolgung der RAF - Genossen läßt keinen Zweifel daran, daß das Ziel der Bourgeoisie die Vernichtung der Revolutionäre ist.

Daß die Bourgeoisie dabei zum Beispiel bei den Genossen Katharina Hammerschmidt, Ulrike Meinhof, Astrid Proll und anderen ihr Ziel nicht erreicht hat, liegt einzig und allein am immer heftiger werdenden Widerstand des Volkes. Die Solidarität für diese Genossen konnte organisiert werden, weil ihre Rechtsanwälte die Verbrechen der Bourgeoisie aufdeckten. Deshalb sollen auch sie jetzt ausgeschaltet werden. Die Rechtsanwälte sind sich über die Bedeutung ihrer Aufgaben und des Vorgehens der Klassenjustiz im Klaren. In einer ihrer Pressemitteilungen heißt es:

"Die Verteidiger sind entschlossen, sich auch durch diese neuen faschistischen Terrormaßnahmen nicht daran hindern zu lassen, ihre Schutzfunktion für die Gefangenen wahrzunehmen. Nur auf diese Weise können sie verhindern, daß die gegen die politischen Gefangenen gerichtete Vernichtungsstrategie zum Zuge kommt."

Unterstützen wir die politischen Gefangenen in ihrem Recht auf Verteidigung!

Hände weg von den fortschrittlichen Rechtsanwälten!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Von Hafterleichterung kann keine Rede sein

Vor kurzem ging eine Meldung durch die Presse, daß die Justiz verschiedenen politischen Gefangenen, insbesondere den Genossinnen Meinhof und Ensslin, Hafterleichterung gewährt habe.

In einer Pressemitteilung der Rechtsanwälte Groenewald, Degenhardt, Croissant, Lang, Laubscher, Becker (Eberhard), Becker (Marie-Luise), Haag, Eschen, Mahler, Ströbele und Hoffmann heißt es dazu:

"Die Mitteilungen der Bundesanwaltschaft an die Presse, sie habe die Haftbedingungen der politischen Gefangenen, die der RAF angehören, insbesondere der Angeklagten im Stuttgarter Prozeß, Baader/Ensslin/Meinhof/Meins/Raspe, gelockert, ist falsch.

Tatsächlich hat die Bundesanwaltschaft die Haftbedingungen verschärft. Für die Gefangenen Raspe, Baader und Meins ist überhaupt keine Änderung eingetreten. Die Gefangenen Ensslin und Meinhof können zusammen Freistunde haben. Darin liegt zunächst eine Lockerung Klar ist, warum die Bundesanwaltschaft diese Lockerung beschlossen hat: Gegenüber der aufmerksam gewordenen Öffentlichkeit kann die Justiz nicht mehr verschleiern, daß die Isolation der politischen Gefangenen nicht nur Sonderbehandlung, sondern Folter ist, die zur Vernichtung der Gefangenen führt. Niemand kann daran vorbeigehen, daß u.a. die Haft- und Verhandlungsfähigkeit von Astrid Proll, der voraussehbare Tod von Katharina Hammerschmidt allein auf das Konto der Isolationsfolter, der Sonderbehandlung der politischen Gefangenen gehen.

Die Verschärfung der Haftbedingungen von Ensslin und Meinhof besteht darin, daß die Bundesanwaltschaft beide in den toten Trakt der Justizvollzugsanstalt Köln -Ossendorf verlegt hat, in dem Ulrike Meinhof bereits mehr als 8 Monate von ihrer Inhaftierung an und erneut 2 Wochen vom 21. 12. 73 an verbringen mußte. Erst auf Protest ihrer Verteidiger und Druck der Öffentlichkeit gegen diese schärfste Form der Folter wurde sie zwar nicht in ein normales Frauenhaus, aber innerhalb der Männerpsychiatrie in einem wenigstens zum Teil mit Menschen belegten Trakt untergebracht. Gegen die Unterbringung im toten Trakt hat Rechtsanwalt Professor Preuß Strafanzeige gegen Justizminister Posser u.a. erstattet, außerdem den Antrag gestellt, den toten Trakt zu entwidmen, d.h. ihn nie wieder zu besonderen Unterbringung und "Sonderbehandlung" von Menschen zu verwenden.

Die politischen Gefangenen fordern von der Bundesanwaltschaft:
1. Sofortige Verlegung der Gefangenen Ensslin und Meinhof aus dem toten Trakt in ein normal belegtes Zellenhaus.
2. Gleichstellung der politischen Gefangenen mit anderen Gefangenen, also normaler Kontakt mit anderen Gefangenen, mindestens und sofort die gleiche Lockerung der Isolationshaft für die anderen politischen Gefangenen, also gemeinsame Freistunde und Umschluß, insbesondere auch für diejenigen wie Horst Mahler, die seit länger als 3 Jahren in Isolationshaft gehalten werden."

Kampf der Klassenjustiz

WESTBERLIN

131 Ärzte und Medizinalassistenten erstatteten öffentliche Strafanzeige wegen versuchten Mordes an Katharina Hammerschmidt. Die Anzeige richtet sich gegen die zuständigen Ärzte der Vollzugsanstalt Lehrter Str. in Westberlin, gegen den zuständigen Richter Schedon und gegen den zuständigen Staatsanwalt.

KIEL:

Am 8. 3. 1974 stand der Vorsitzende der KPD/ML, Genosse Ernst Aust, in Kiel vor Gericht. Ein Betriebsrat von HDW hatte ihn wegen Beleidigung angezeigt, weil er im "Bollwerk", der Betriebszeitung der KPD/ML für HDW als Kapitalistenknecht bezeichnet worden war. Genosse Ernst erklärte, daß ein freigestellter Betriebsrat, der gegen seine Kollegen arbeitet, allerdings ein gekauftes Subjekt und ein Kapitalistenknecht ist. Allerdings bedeute die Tatsache, daß sein Name unter der Betriebszeitung stehe, nicht, daß er auch der verantwortliche Redakteur sei. Er gebe seinen Namen dafür her, gemacht werde die Zeitung von den Howaldt-Arbeitern selber. Das Gericht mußte Genossen Ernst Aust in diesem Punkt freisprechen, verurteilte ihn aber wegen eines Verstoßes gegen das Pressegesetz zu 200 DM. Bei der Urteilsverkündung mußte der Richter in einen leeren Saal sprechen. Genosse Ernst und die Zuschauer waren ein Stockwerk höher – beim Kieler Gewerkschaftsprozeß (siehe auch Seite 8).

WÜRZBURG:

Am 11., 12. und 19. März finden in Würzburg Prozesse gegen die Genossen Hans Merkl und Hans Stahl statt. Beide hatten an der Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen der Würzburger Verkehrsbetriebe am 1. 9. 72 teilgenommen und waren beim Prügeleinsatz der Polizei festgenommen worden. Genosse Merkl wurde bereits bei der Festnahme bewußtlos geschlagen. Auf der Wache wurden beide so geprügelt, daß sie ins Krankenhaus mußten.

Gleichzeitig findet am 14. 3. 74 der Prozeß gegen die Würzburger Studiobühne wegen des Stücks "Der Geist von Oberzell" statt (der RM berichtete bereits darüber).

Inzwischen wurden bereits 150 Unterschriften für die Angeklagten gesammelt. Gleichzeitig etwa 400 Unterschriften für die Einbürgerung des Genossen Sascha. Ein anläßlich des Prozesses gegründetes Solidaritätskomitee ruft am 9. 3. zu einer Veranstaltung auf, an der auch die Studiobühne mit einigen Songs teilnimmt.

FLENSBURG

Am 8.2.74 um 8 Uhr morgens drang die Polizei in die Wohnungen von drei Genossen der Roten Hilfe Flensburg ein. Hausdurchsuchungsbefehle hatten sie nicht, sie bezogen sich auf § 129, "Verdacht auf Bildung einer kriminellen Vereinigung". Ein Fotograph fotographierte Dinge wie eine Campingausrüstung, einen Gaskocher oder eine Harpune. Sie beschlagnahmte legale Bücher, Broschüren und ein ca. 30 cm langes Stück Brennholz. Die Genossen wurden auf dem Polizeirevier 3/4 Stunde lang verhört.

DÜSSELDORF

O. Hübner, der die Demonstration gegen den Yankee-Franco-Faschismus am 16. 2. in Düsseldorf angemeldet hat, bekam jetzt eine Rechnung von der Stadtreinigung über 395,41 DM."Von der Polizei wurde festgestellt," heißt es,"daß die Demonstranten auf dem Marschweg an verschiedenen öffentlichen Einrichtungen Losungen mit Farbe aufgetragen hatten." Man macht sich also noch nicht einmal die Mühe, zu beweisen, daß Genosse O. von dem Parolenmalen gewußt und es gebilligt hat. Auf dem kalten Weg über die Stadtreinigung wird hier nachträglich das Demonstrieren gegen den spanischen Faschismus unter Strafe gestellt.

WESTBERLIN:

Am 15. 3. 74 findet in Westberlin die Berufungsverhandlung gegen Genossen Simon statt, der wegen "Beleidigung der BRD" und Verstoßes gegen das Pressegesetz verurteilt worden war.

DORTMUND:

Am 22. März findet in Dortmund vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts ein Prozeß gegen W. Oertel statt, der als ehemaliger presserechtlicher Verantwortlicher der Betriebszeitung der KPD/ML bei Opel "Zündkerze" die Bundesrepublik "verächtlich" gemacht haben soll (§90 a). Es handelt sich um einen Artikel der Zündkerze zum Polizeimord an dem Schotten Mc Leod.

BIELEFELD

Im Februar fand in Dortmund ein Prozeß gegen den Genossen B.D. statt. Vier Tage lang versuchte die Klassenjustiz zu beweisen, daß der Genosse der presserechtlich Verantwortliche für ein Flugblatt war, in dem zur bewaffneten Revolution und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats aufgerufen wurde, sich der "Verächtlichmachung der BRD" schuldig gemacht habe. Während der Staatsanwalt eine Geldstrafe forderte, verurteilte ihn das Klassengericht zu zwei Monaten mit "Bewährung". Wenige Tage nach dem Prozeß fand in Bielefeld eine Veranstaltung der Roten Hilfe statt, auf der rund 100 DM für den Genossen gesammelt wurden, ein kleiner Anfang zur Bezahlung der Prozeßkosten, die rund 3000 DM betragen.

TÜBINGEN

Am 27.6.73 wurde während einer Studentendemonstration gegen das Landeshochschulgesetz ein Polizeispitzel unschädlich gemacht. Der Photoapparat, mit dem er die Studenten für die Klassenjustiz aufgenommen hatte, wurde ihm weggenommen. Jetzt soll Genosse Miachel Latz dafür am 5.3.74 von der Klassenjustiz wegen "gemeinschaftlich begangenen schweren Raubes" bestraft werden. Der Genosse und der Tübinger KSB/ML haben den Kampf aufgenommen.

BERICHTIGUNG

Rechtsanwalt Jörg Lang, der Genossen Klaus Kercher im Prozeß wegen des Roten Antikriegstags verteidigte, ist nicht, wie im Roten Morgen irrtümlich geschrieben stand, der Mitgliedschaft, sondern der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung angeklagt.

★

Spenden für politisch Verfolgte an:
Konto Karin Sandmann
Dresdner Bank,
Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz Konto Nr. 81 355 107.

Gewerkschaftsprozess in Kiel:

IGM-Bonzen, Polizisten und Klassenrichter gegen Kollegen

Vor einigen Monaten waren drei Kieler IGM-Mitglieder wegen "Hausfriedensbruch" zu Geldstrafen von 70 und 100 DM verurteilt worden, weil sie zusammen mit 80 anderen Mitgliedern einer betrieblichen Gewerkschaftsjugendgruppe dem Tagungsverbot durch die Bonzen getrotzt hatten.

Zum Berufungstermin waren 90 bis 100 Zuschauer gekommen. Mit Beifall und einzelnen Parolen unterstützten sie die Genossen, die das Gericht als Handlanger des Kapitals bekämpften.



Polizisten zerren die Angeklagten fort (auf dem Bild J. Beyer) und prügeln äußerst brutal auf die Zuschauer ein.

Auch in diesem Prozeß befand sich im Zuschauerraum wieder ein Spitzel der Gewerkschaftsbonzen, der schon im letzten Termin die Bonzen, die als Zeugen draußen saßen, mit den neuesten Informationen über den Prozeßverlauf versorgte. Die Angeklagten forderten seine Entfernung aus dem Saal. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück. Auffällig lange.

Nach der Pause erklärte das Gericht den Antrag für abgelehnt und verkündete gleichzeitig den Ausschluß der Öffentlichkeit. Im selben Moment stürzten Polizisten in den Saal und prügelten brutal auf die Zuschauer ein. Die Angeklagten wurden mit verdrehten Armen hinter den Richtertisch gezerrt, verprügelt und ins Beratungszimmer geschleppt.

Die Auseinandersetzung bekamen auch die Genossen mit, die ein Stockwerk tiefer zu einem Prozeß gegen Genossen Ernst Aust, dem Vorsitzenden der KPD/ML gekommen waren. Hier ging es nur um eine kleinere Beleidigungsanklage. So ließen Genosse Ernst und die Zuschauer Richter und Staatsanwalt einfach stehen und eilten den Genossen oben zu Hilfe.

Hier mußten die Polizisten um jeden Millimeter Boden kämpfen. Mehr als 10 Gummiknüppel, mit denen sie auf die Genossen einschlugen, konnten ihnen weggenommen werden.

Vor dem Gericht versuchten sie dann, die besonders mutigen Kämpfer zu verhaften. Vergeblich. Dafür nahmen sie einen Photographen fest, der Spitzel photographiert hatte, behandelten ihn erkennungsdienstlich und prügelten ihn. Den Film allerdings vergaßen sie, ihm abzunehmen.

Die Genossen organisierten sofort Trupps, die vor die Betriebe gingen und die Arbeiter über diesen Prozeß, der so offen das Zusammengehen von Gewerkschaftsbonzen und Klassenjustiz gegen die Arbeiterklasse zeigte, zu informieren. Die Empörung der Kollegen war sehr groß, genauso ihre Sympathie für die Genossen, die dort den Kampf geführt hatten. Noch selten sind vor diesen Toren so viele Rote Morgen verkauft worden wie an diesem Mittag, obwohl die Mehrzahl der Kollegen gar nicht mehr erreicht werden konnte.

Interview im ZDF

VON FOLTER DARF NICHT GESPROCHEN WERDEN!

Reinhart Hoffmeister, Moderator der Sendung "Aspekte" beim ZDF ließ am 27. 2. den Schriftsteller Gerhard Zwerenz sagen, daß bei der Demonstration am 23. 2. in Frankfurt "Folterungen bei der Polizei vorgekommen seien, wie glaubwürdige Zeugen versichern, und zwar bis zu dem Exzeß, daß man den Inhaftierten zwang, sein eigenes Blut vom Boden aufzulecken."

Das Ergebnis: Große Empörung bei den Zuschauern der Sendung über das Vorgehen der Polizei – und ein scharfer Anraunzer für den Moderator der Sendung. "Mangelnde journalistische Sorgfalt" hieß es und die Beurlaubung für Hoffmeister folgte auf dem Fuß. Wie diese "journalistische Sorgfaltspflicht" hätte aussehen müssen, sagt ZDF-Sprecher Hufen: Hoffmeister hätte sagen sollen: "Den Wahrheitsgehalt können wir nicht nachprüfen, möglicherweise ist die Polizei anderer Meinung". Auf deutsch: "Journalistische Sorgfaltspflicht" verlangt vom Journalisten zu lügen! Denn die Wahrheit der Aussagen war schon vor der Ausstrahlung der Sendung überprüft. Zwei der Verhafteten hatten ihre Mißhandlungen bei einem Frankfurter Rechtsanwalt zu Protokoll gegeben. Einen von ihnen hatte Hoffmeister selbst gesehen, als er 5 Tage nach seiner Festnahme entlassen wurde – mit einer 4 cm langen Narbe über dem Auge. Der Skandal um das Zwerenz-Interview im ZDF wirft ein Licht auf die Pressefreiheit in unserem Land. Und die kapitalistische Pressefreiheit sagt: die Journalisten dürfen zwar vieles wissen, aber schreiben und sagen dürfen sie nur, was die Kapitalisten bzw. ihre Polizei erlauben.

Parteiveranstaltung

BONN:
Die Rote Garde Bonn lädt am 17.3. 1974 zu einer Veranstaltung ein mit dem Thema: "Was will die KPD/ML". Es wird der Film gezeigt: "Rote Raketen". Ort: Bonn, Ring-Restaurant, Ecke Kaiser-Karl-Ring/Vorgebirgstr., Zeit: 19.00 Uhr.

Parteibüros

HAMBURG:
Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 4 39 91 37.

KIEL:
Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74762.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.

WESTBERLIN:
Buchladen "Roter Morgen", Tel.: 462 60 18. 1 Berlin 65 (Wedding), Schererstr. 10. Öffnungszeiten: Mo bis Fr. 14.30 Uhr – 18.30 Uhr; Sa.: 10.00 Uhr – 14.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Dienstag: 16.00 – 18.30 Uhr, Donnerstag: 16.00 – 18.30 Uhr, Samstag: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
8 München 2, Thalkirchnerstr. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag: 17.00 – 19.00 Uhr, Samstag: 9.00 – 14.00 Uhr.

Aufenthaltsgenehmigung für Genossen Sascha verlängert-Unser Ziel bleibt :

SASCHA MUSS EINGEBÜRGERT WERDEN

Am 28. 2. 74 war die Aufenthaltsgenehmigung für Genossen Sascha Haschemi abgelaufen. In der Zeit vor diesem Tag hat die Partei ihren Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha verstärkt. Am 29. 2. demonstrierten ca. 250 Menschen in München für dieses Ziel, zahlreiche neue Unterschriften wurden gesammelt. Dieser konsequente Kampf hat einen ersten Erfolg gezeigt: die Aufenthaltsgenehmigung für Sascha wurde bis zum 1. April verlängert.

Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß die Bourgeoisie nur darauf wartet, daß der Kampfgeist der Partei, der Roten Garde und der vielen, die bisher ihre Solidarität bewiesen haben, erlahmt, um ihr verbrecherisches Ziel durchzusetzen. - Von abschieben kann keine Rede sein. Erst mal muß das Urteil rechtskräftig werden! – hieß es auf dem Ausländeramt.

Das ist der Gipfel des Zynismus! Trotzdem muß man dem Ausländeramt für seine Offenheit dankbar sein. Denn deutlicher kann nicht gesagt werden, daß man Kommunisten wie Genossen Sascha an die Bourgeoisie ausliefert, wenn man auch nur einen Augenblick glaubt, man könne der bürgerlichen Legalität vertrauen. Daß Sascha für 18 Monate ins Gefängnis kommt, daß er, obwohl Sohn einer deutschen Mutter, an das persische Henkerregime ausgeliefert wird, kann allein die breite Solidarität der Werktätigen und der kompromißlose Kampf der Kommunistischen Partei verhindern. Wie sehr die Bourgeoisie diese Solidarität fürchtet, zeigt ein Beispiel aus Tailfingen. Am 1. 3. erhielten hier die Genossen Sylvia und Paul H. einen schriftlichen Verweis. Der Anlaß dafür war, daß beide für Sascha Unterschriften gesammelt und Flugblätter verteilt haben. Das wird die Genossen allerdings nicht hindern, weiterzukämpfen. Dieser Anschlag auf einen klassenkämpferischen Kollegen wird ihnen noch deutlicher zeigen, daß der Kampf um die Einbürgerung des Kommunisten Sascha ein Kampf gegen die Unterdrückung aller Arbeiter ist. Immer mehr Kollegen überwinden in diesem Kampf ihre Angst und erkennen die Notwendigkeit der Solidarität. Genossen aus Würzburg berichten von der Unterschriftensammlung in einer Kneipe. Die erste Reaktion der Kollegen war: "Das ist schon richtig, was ihr da schreibt, aber unterschreiben kann ich nicht. Wo meine Unterschrift steht, steht auch mein Kopf." Als die Genossen das mit ihnen diskutierten, gab sich einer einen Ruck und sagte: "Ihr habt recht, wenn ich das Vorgehen der Polizei und des Gerichts verurteile, dann muß ich auch unterschreiben." Dann ging die Liste durch die ganze Runde. An zwei Tischen in zwei Kneipen wurden 14 Unterschriften gesammelt. In der Diskussion zeigte sich das große Interesse der Kollegen am Sozialismus, an China und Albanien. Als einer anfing: "Geht doch nach drüben", sagten gleich zwei Kollegen: "Hört doch auf, die KPD/ML sagt doch, daß in der DDR kein Sozialismus ist." Das zeigt, daß im Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha auch das Ziel, für das er und seine Partei kämpfen, immer mehr Menschen klar wird und immer mehr Sympathie gewinnt: das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland.

Demonstranten in Bonn :

'Howeida raus aus Bonn!'



Die KPD/ML, die CISNU, die Liga und die GRF schlossen ein Bündnis, um gegen den Besuch des persischen Ministerpräsidenten Howeida in Bonn, zu protestieren. Eine von der CISNU angemeldete Demonstration in Köln wurde verboten. Am Samstag morgen machte die Polizei das Einkaufszentrum, wo die Demonstration stattfinden sollte, zu ihrem Übungsplatz. Hier waren aber nur einzelne Genossen der Partei und der Roten Garde, die mit der empörten Bevölkerung über den Polizeiterror zum Schutz des persischen Faschisten Howeida diskutierten.

Der Hauptteil der Demonstranten war nach Bonn gegangen. Hier gelang es, einen Kongreß des VDS zu sprengen. 800 Mann demonstrierten daraufhin in Bonn unter den Parolen: "Schah – Mörder – Brandt liefert die Waffen!" "Deutsche und Perser – Hand in Hand, Klassenkampf im eigenen Land."

Als die ersten Polizisten auftauchten, liefen die VDS-Bonzen zu ihnen hin und verhandelten – und bliesen zum Rückzug. Die Genossen der Partei und der Roten Garde protestierten, aber sie waren kräftemäßig zu schwach, um diesen Rückmarsch zu verhindern.

Während der Veranstaltung beschlagnahmten Genossen der Partei an einem Stand der modernen Revisionisten ungefähr 10 Exemplare ihrer Hetzbroschüre: Wenn man die Maoisten bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.

Auf dieser Abschlußkundgebung entlarvte ein Redner der Partei den Revisionismus der VDS-Bonzen. Sie, wie die Revisionisten von der D'K'P, behaupten, daß die Bourgeoisie so stark ist, daß man gegen sie nichts machen kann. Das ist eine Lüge. Nicht ihre reaktionäre Gewalt ist entscheidend. Entscheidend ist die revolutionäre Gewalt des Volkes.